

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 50 Donnerstag, den 28. Februar 1924 15. Jahrg.

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 1,00 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 1. Seite 1,00 Gulden, 2. Seite 0,80 Gulden, 3. Seite 0,60 Gulden, 4. Seite 0,40 Gulden, 5. Seite 0,20 Gulden. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6. Postfachkonto: Danzig 2945. Fernsprecher: für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Druckerei 3290.

Der Novemberputsch von München.

Die Vorbereitungen der Hochverräter. — Kahr und Lössow weiterhin schwer beschuldigt.

In der gestrigen Vormittags-Sitzung wurde zunächst von Seiten der Verteidigung an Hitler die Frage gerichtet, ob zu irgendeinem Zeitpunkt eine Besprechung mit den einzelnen Parteien stattgefunden habe, wobei die Rede davon gewesen sei, daß ein Direktorium Hitler-Ludendorff als Konkurrenzunternehmen gegen Kahr, Lössow, Seißer beabsichtigt sein soll. Hitler verneinte dies. Ein Besucher fragte Hitler: Hat Herr Hitler nicht am 8. November die erste Stellung in der Politik angestrebt? Hitler: Ich habe nur die politische Führung des Kampfes übernommen. Die erste Stelle in der Bewegung gehörte General Ludendorff als dem Würdigeren.

Hierauf wurde in die Vernehmung des Angeklagten Dr. Weber eingetreten. Der Angeklagte, Vorsitzender des Bundes Oberland, legte dar, daß das Ziel des Bundes die Brechung des Versailles Vertrages, die Ueberbrückung der Klassengegensätze und die Schaffung eines großen deutschen Vaterlandes gewesen sei. Der Kampfbund habe sich von jeder Parteipolitik ferngehalten. Es handelte sich um den Bund, daß die Befreiung Deutschlands von Bayern aus in die Wege geleitet werden müsse. Auf die Frage des Vorsitzenden, was in der Sitzung am 6. November Kahr vorgebracht habe, erklärte Weber, der Sinn der Ausführungen Kahrs sei der gewesen, daß er entschlossen wäre, die schwarz-weiß-rote Frage von Bayern aus in Bewegung zu setzen. Weber habe dann Hitler darauf hingewiesen, daß bei dieser Besprechung Kahr zum ersten Male in größerem Kreise seine vollkommene Uebereinstimmung mit den Zielen Hitlers zum Ausdruck gebracht habe. Bei der Besprechung am 6. November habe Kahr bemerkt, daß die Vorbereitungen ziemlich reiflos getroffen worden seien. Lössow habe damals ausdrücklich gesagt: Ich will ja selbst gegen Berlin marschieren. In Besprechungen mit Oberst Seißer war wiederholt die Rede davon, daß die staatlichen Machtmittel im Norden sich nicht gegen einen derartigen Vormarsch stellen würden, wenn er unter der schwarz-weiß-rotten Fahne durchgeführt werden würde. Die Behauptung, daß im Nebenzimmer gerufen worden sei: Niemand verläßt lebend den Raum, treffe nicht zu. Ein Verteidiger stellt hierauf fest, daß General v. Lössow gesagt habe, er werde marschieren, aber wenn er eine 5prozentige Sicherheit habe, was Dr. Weber bestritt. Es kam dann zu einem Zusammenstoß zwischen der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft. Der zweite Staatsanwalt wies die Annahme der Kampfbünde zurück, die nur ihr eigenes Patent-Deutschtum als das allein gültige erklären und jeden Deutschen, der sich nicht in diese Einheitsfront hineinzuwagen läßt, einen Lumpen nennen und ihm den Schädel einschlagen drohen. Mit Bezug auf die Vormarschwäne nach Norden stellte der Staatsanwalt die Frage, ob Weber gehört habe, daß General Ludendorff in der Reichswehr des Nordens, insbesondere beim Offizierskorps, gar keine Anhänger mehr habe. Die Frage erregte Entrüstung bei einigen Anhängern des Generals im Zuschauererraum. Rufe: „Anten! Unerhörte!“ — So eine Frage darf gar nicht gestellt werden! — Der Vorsitzende griff ein und bat, alle Fragen durch ihn zu stellen. Der Staatsanwalt beharrte jedoch auf seiner Frage. Dr. Weber antwortete mit einer langen Tirade. Nach seiner Kenntnis würde kein deutscher Offizier gegen dieses militärische Genie, das der Himmel Deutschland geschenkt habe, aufzutreten wagen.

Zu Beginn der Nachmittags-Verhandlung wurde der frühere Münchener Polizeipräsident Pöchner vernommen. Er sagte: Als Polizeipräsident sei er in Führung getreten mit den Führern der vaterländischen Bewegung, deren Vertrauen er besessen habe. Die Fühlung mit Kahr habe er aufrechterhalten, wenn auch ihre Beziehungen allmählich ganz aufhörten, weil er an der Entscheidungskraft Kahrs in schwierigen Lagen zweifelte. Sein Zusammenstehen mit Kahr sei veranlaßt gewesen durch einen Wunsch Ehrhardts, dem sehr daran gelegen gewesen sei, daß er, wenn er mit seinen Formationen in Nordbayern Aufstellung nehme, die Gewissheit habe, daß das Gebiet in einer Hand sei. Kahr habe ihn in einer Besprechung gefragt, ob er bereit sei, die Funktionen eines Zivilgouverneurs in Sachsen und Thüringen zu bekleiden. Am 8. November früh habe ihm Hitler gesagt, daß unumkehrbar die Aktion gegen Berlin notwendig sei und ihm das Amt eines Ministerpräsidenten angeboten. Diesen Vorschlag habe er angenommen.

Ueber die Vorgänge im Bürgerbräukeller sei Kahr äußerst empört gewesen und habe gesagt, Hitler hätte nach 8 oder 10 Tage warten sollen. Auf Ludendorffs Antrag habe er Kahr gebeten, in dieser Schicksalsstunde doch das zu tun, was alle schmerzlich von ihm erwarteten. Kahr habe sich jedoch ablehnend verhalten. Ludendorff habe auch schließlich Lössows Zustimmung zu Wege gebracht. Oberst v. Seißer habe sofort freudig eingestiegen. Nach weiterem Jureden Ludendorffs habe schließlich Kahr erklärt, er wolle einwürde aber nur als Statthalter des Königs handeln. Er habe aus den Verhandlungen im Nebenzimmer den Eindruck gewonnen, daß es Kahr, Lössow und Seißer mit ihrer Zustimmung äußert ernst sei. Um 4 Uhr morgens habe man ihm telephoniert, daß das Erscheinen der Morgenjetsungen durch den Generalstaatskommissar bei Todesstrafe verboten sei. In diesem Augenblick sei ihm klar geworden, daß hier ein falsches Spiel getrieben werde. Oberst Panzer habe Pöchner im Auftrag des Generalstaatskommissars für verhaftet erklärt. Auf Beiträgen erklärte Pöchner er habe es für selbstverständlich betrachtet, daß man nötigenfalls die Absetzung der deutschen Reichsregierung mit Gewalt durchführen werde, und daß die bayerische Regierung abgesetzt werde.

Am Schluß der Sitzung kam es wegen der wiederholten Nennung des Namens Ehrhardt zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Staatsanwalt und Verteidiger. Der erste Staatsanwalt bestritt, daß die Staatsanwaltschaft den Aufenthalt Ehrhardts gekannt habe und kenne. Justizrat Kahl wies nun darauf hin, daß Ehrhardt bei einem Studentenkommissar in München vor kurzem eine Rede gehalten

hat. Wenn das Gericht Ehrhardt brauche, werde er auch erscheinem, vorausgesetzt, daß die Staatsanwaltschaft nicht die Drohung ausführte, ihn dann sofort verhaften zu lassen. Unter allgemeiner Heiterkeit nannte der Verteidiger nun die genaue Münchener Adresse Ehrhardts mit Straße und Hausnummer. Der erste Staatsanwalt erklärte es für unwahr, daß keine Behörde eine solche Drohung gegen Ehrhardt ergesse. Das Gericht faßte noch keinen Beschluß über die Vernehmung Ehrhardts. Auf eine Frage des Verteidigers, wann sich Pöchner zum erstenmal bei seinem Zusammenwirken mit Kahr in die Dremesseln gefehlt habe, erwiderte Pöchner schlagfertig: „Am 18. März 1920, nachmittags 4 Uhr“, — also nachdem er wieder in den Staatsdienst eingetreten war. „Auf den Hinweis des Vorsitzenden, er könne seine Aussage verweigern, wenn sie sich auf strafbare Handlungen beziehe, erklärte Pöchner: „Wenn das, was Sie mir hier vorwerfen, Hochverrat ist, dann treibe ich das Geschäft schon seit fünf Jahren.“

Das Verhör Pöchners wird Donnerstag vormittag fortgesetzt.

Für eine allgemeine Wirtschaftskonferenz.

Wachsende Zustimmung in Amerika.

Die Washingtoner Berichterstatter der „Times“ und der „Morning Post“ senden ihren Blättern augenscheinlich inspirierte Meldungen, in denen zum Ausdruck gebracht wird, wenn die zuversichtlich erwartete Regelung des Reparationsproblems, der Grundlage der Arbeit der beiden Sachverständigenausschüsse der Reparationskommission, erzielt werde, so werde vielleicht eine allgemeine wirtschaftliche Konferenz unter Teilnahme der amerikanischen Regierung folgen. Dem „Times“-Berichterstatter zufolge, der meint, daß die Einberufung einer derartigen Wirtschaftskonferenz wahrscheinlich dem britischen Premierminister überlassen werden würde, haben die Berichte des amerikanischen Beobachters in der Reparationskommission, Logan, die amerikanische Regierung veranlaßt, bereits an eine internationale Konferenz zu denken.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt, in Washington würde für die Abhaltung einer allgemeinen Wirtschaftskonferenz eine starke Stimmung

sein, und zwar im Hinblick auf die Möglichkeit einer Vermehrung des Prestiges, daß die amerikanische Regierung erreichen könnte, wenn sie halb eine befriedigende Regelung der europäischen Probleme zustande brächte.

Rücktritt der belgischen Regierung.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß das Kabinett Theunis zurückgetreten ist, weil die Kammer mit 95 gegen 79 Stimmen die Ratifizierung des französisch-belgischen Wirtschaftsabkommens abgelehnt hat.

Dieser Ausgang der Debatte über das Wirtschaftsabkommen konnte nicht überraschen. Das Abkommen ist gleich nach seiner Unterzeichnung von den belgischen Wirtschaftsfreien lebhaft kritisiert worden. Man warf der belgischen Regierung vor, aus rein politischen Gründen wirtschaftliche Lebensinteressen Belgiens geopfert zu haben. Damals wurde es als höchst fraglich bezeichnet, daß dieses Abkommen vom belgischen Parlament genehmigt werde.

Bei der gestrigen Abstimmung hat ein Teil der katholischen Rechten und der Sozialisten gegen das Wirtschaftsabkommen gestimmt. Die liberale Linke und der regierungsfreundliche Teil der Rechten bereitete dem bisherigen Ministerpräsidenten Theunis eine Ovation, als er nach der Abstimmung erklärte, er werde dem König die Demission des Kabinetts überbringen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Wie Frankreich es ausübt.

Die Regierungskommission des Saarlandes hat verschiedene zu unbedeutenden Beigeordneten ihrer Gemeinden gewählten Stadtverordneten die Befähigung für diese Ämter verweigert. In der Stadt Saarbrücken handelt es sich um vier Stadtverordnete, denen die Befähigung verweigert wurde, angesichts der Haltung, die sie sowohl gegenüber den durch den Friedensvertrag geschaffenen Verhältnissen als auch gegenüber der Regierungskommission an den Tag gelegt haben. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde einstimmig gegen dieses Vorgehen der Regierungskommission protestiert. Von allen Seiten wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Befähigung nur deshalb verweigert werden sei, weil die Betroffenen sich gegen die von der Regierungskommission betriebene französische Politik gewandt hätten. Es wurde beschlossen, sich beschwerdeführend an den Völkerbund zu wenden.

Danzigs Haushaltsplan.

Danzig, den 28. Februar. Gb.

Früher als wie es bisher der Fall war, hat der Danziger Senat dem Volkstag die Haushaltspläne vorgelegt. Nummer sind die letzten der Einzelhaushaltspläne erschienen und mit ihnen auch der Haupthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1924. Dieser schließt in Einnahme und Ausgabe mit 85 984 290 Gulden ab. 8 Etats bringen einen Ueberschuß von insgesamt 30 198 540 Gulden, der von 18 Einzelhaushaltsplänen wieder aufgehoen wird. Nachdem der erste Etat in werbeständiger Föhrung vorliegt, wird es von Interesse sein, den ersten Etat der Freien Stadt zum Vergleich heranzuziehen. Der erste Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1920 erschien erst nach Ablauf des Rechnungsjahres, und zwar April 1921. Er wies eine Einnahme von 206 042 430 Mark und eine Ausgabe von 274 505 135 Mark auf. Das Defizit von 68 462 725 Mark sollte aus Kreditmitteln gedeckt werden, deren Tilgung innerhalb der Zeit von längstens 10 Jahren vorgenommen werden sollte. Dieser Etat wurde vom Volkstag am 30. Juni 1921 endgültig verabschiedet. Rechnet man diese Beträge in Gulden um 60 Mark 10 Gulden — so haben die Ausgaben der Freien Stadt bedeutend zugenommen. Hierbei ist weiter zu berücksichtigen, daß damals noch die Ausgaben für die Staatsbahnen in dem Etat enthalten waren, welche das große Defizit erbrachten.

Die Verteilung auf die einzelnen Etats gestaltet sich wie folgt:

	Einnahme	Ausgabe
Zahlungen auf Grund des Friedensvertrages	—	74 050
Zufuß für den Hafenausfluß	—	330 000
Wehrkosten für Beamte und Angehörige auf Grund der neuen Besoldungsreform	—	8 244 000
Mehreinnahmen bei der Post- und Zollverwaltung	2 688 000	—
Bolks'ag	700	320 800
Allgemeine Verwaltung	345 240	1 338 300
Soziales, Kirchen- und Gesundheitswesen	4 933 800	13 192 900
Wissenschaft, Kunst und Volksbildung	712 290	6 985 550
Staatsarchiv	520	23 820
Verwaltung des Innern	2 098 610	6 351 050
Handels- und Gewerbeverwaltung	149 550	149 040
Justizverwaltung	3 840 000	4 184 700
Öffentliche Arbeiten	1 197 900	1 840 400
Graubefugungsverwaltung	655 110	270 100
Landwirtschaftliche Verwaltung	317 800	225 110
Forstverwaltung	756 000	312 310
Betriebe, Verkehr und Arbeit	68 200	375 050
Post- und Telegraphenverwaltung	14 076 000	13 757 190
Steuerverwaltung	41 693 920	23 268 790
Zollverwaltung	12 250 650	4 465 950
Betriebsverwaltung	200 000	300 000

Zufüsse erfordern also folgende Haushaltspläne: Volkstag 320 100 Gulden, Allgemeine Verwaltung 688 130 G.

Soziales, Kirchen- und Gesundheitswesen 8 259 190 G., Wissenschaft, Kunst und Volksbildung 6 273 260 G., Staatsarchiv 23 820 G., Verwaltung des Innern 4 282 440 G., Justizverwaltung 4 184 700 G., Öffentliche Arbeiten 642 500 Gulden, Betriebe, Verkehr und Arbeit 306 888 G., Betriebsmittelverwaltung 100 000 G., Ueberschußbetrag sind folgende: Handels- und Gewerbeverwaltung 510 Gulden, Grundbesitzverwaltung 385 010 G., Landwirtschaftliche Verwaltung 92 690 G., Forstverwaltung 443 690 G., Post- und Telegraphenverwaltung 318 819 G., Steuerverwaltung 18 425 190 Gulden und die Zollverwaltung 7 844 700 Gulden.

Die Zahlungen auf Grund der Verpflichtungen und Losen nach dem Friedensvertrage im Betrage von 74 050 Gulden, wie sie oben im Etat angegeben, bestehen aus dem Anteil der Freien Stadt Danzig an den Aufwendungen für den Kommissar des Völkerbundes einschl. Gebäudeunterhaltung. Da in den verschiedenen Etats in den Ausgaben für die Verwaltung die neue jetzt dem Volkstage vorgelegte Besoldungsreform nicht berücksichtigt worden ist, sind im Haushaltsplan 8 244 000 Gulden an Mehrausgaben für die Verwaltung eingelegt worden.

Berechnet man den prozentualen Teil der Ausgaben der Einzel Etats an den Gesamtausgaben, so fällt vor allem der geringe Prozentsatz der Ausgaben für den Volkstag auf: 0,37 Prozent, während die Ausgaben für den Deutschen Reichstag 1,2—1,5 Prozent der Gesamtausgaben des Reiches ausmachen. Bei den Ländern betragen die Ausgaben für die Parlamente sogar bis zu 7 Prozent der Gesamtausgaben. Die Ausgaben für Kunst und Wissenschaft betragen etwas mehr als 8 Prozent, für Soziales, Kirchen- und Gesundheitswesen 15,35 Prozent und nicht, wie Herr Volkman im Gemeindeforschung erklärte, 35 Prozent, Justiz 4,57 Prozent, Öffentliche Arbeiten 2,15 Prozent, Post- und Telegraphenverwaltung 16 Prozent, Steuerverwaltung 27 Prozent, Zollverwaltung 5,1 Prozent und Verwaltung des Innern 7,4 Prozent.

Die Einnahmen aus der Einkommensteuer belaufen sich auf 15 700 000, und zwar entfallen auf Vorauszahlungen 8 000 000 G. und auf das Lohnabzugsverfahren 7 700 000 G. Da im Gebiete der Freien Stadt zirka 180 000 Personen vorhanden sind, welche dem Lohn- und Gehaltsabzugsverfahren unterliegen, so entfallen auf den Kopf jährlich 42,77 Gulden an Einkommensteuer. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß etwa 30 000 Personen überhaupt kein Einkommen haben oder aber ein so geringfügiges, daß sie der Einkommensteuer nicht unterliegen. An Steuern für Vorauszahlungen, das sind diejenigen Personen, welche dem Lohn- und Gehaltsabzugsverfahren nicht unterliegen — hier kommen 90 000 Personen in Betracht — entfallen auf den Kopf des einzelnen Zensiten durchschnittlich 26 Gulden. An Zöllen werden pro Kopf der Bevölkerung 20 G. jährlich aufgebracht. An indirekten Steuern, welche die breiten Massen belasten, kommen pro Kopf der Bevölkerung rund 8 Gulden jährlich ein. Bei näherer Durchsicht findet man aber, daß anscheinend die Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern bedeutend höher sein müssen, als sie im Etat angegeben sind.

Die Förderung des Wohnungsbaues.

Ein sozialdemokratisches Bauprogramm. — In vier Jahren ausreichende Wohnungen.

Nachdem der Volkstag sich mit dem Problem der Arbeitslosigkeit, der Erwerbslosenfürsorge, der Feuerung beschäfftigt hat, stützte die gestrige Sitzung des Volkstages die Erörterung der Danziger Wohnungsnot und Wohnungsbeschaffung. Bei Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen teilte der Präsident mit, daß der Senat dem Volkstag einen Gesetzentwurf über die Auflösung der Gutsbezirke vorgelegt habe.

Dann beschäftigte sich das Haus fast 4 Stunden mit Strafverfolgungsanträgen gegen Abgeordnete. Die Regierungsverordnungen wolle mit dem bisherigen Brauch, alle Strafverfolgungsanträge gegen Abgeordnete abzulehnen, brechen. Sie wolle nur dann die Immunität wahren, wenn es sich um politische Vergehen und Verbrechen handle. Abg. Gen. Rahn erklärte demgegenüber, daß die P.S.P. prinzipiell jede Strafverfolgung von Abgeordneten ablehnt, nur wenn es sich um ehrenrührige Verbrechen handle, sei die Immunität anzuhängen. Die Mehrheit des Hauses entschied, zwei Strafverfolgungsanträge gegen den Abg. Raube (Nebenverurteilung des Automobilgesetzes) stattzugeben; bei den Abgg. Gerick (S.P.) und Rezkowski (S.P.) wurde die Genehmigung verweigert. Abg. Frau Mohr (S.P.) sollte wegen Verleumdung vor dem Strafrichter zitiert werden. Der Ausschuss empfahl die Genehmigung zu verweigern. Nachdem Frau Mohr sich Gewissheit verschafft hatte, daß ein Freispruch zu erwarten ist, wünschte sie Aufhebung der Immunität, deshalb sollte der Antrag nochmals an den Ausschuss zurückgehen. Als Protest gegen diese Komödie machte die Linke das Haus beschlußunfähig. Bei Wiederzusammentritt beschäftigte sich das Haus ausschließlich mit der Wohnungsbeschaffung. Es kam die große Anfrage der Ver. Sozialdem. Fraktion über die

Beilegung der Wohnungsnot

zur Verhandlung. Damit verbunden war die Ausdrucksfrage über einen Antrag der Deutsch-Danziger Partei, der die Wiederbelebung der Bautätigkeit betraf.

Abg. Gen. Brill eröffnete die Debatte. Er ging dabei scharf mit dem Senator Dr. Leske ins Gericht. Bisher sei so gut wie nichts zur Beilegung der Wohnungsnot geschehen. Besonders scharf kritisierte Redner die Vernichtung ungeheurer Werte am Pröner Weg, wo offene Bauten seit zwei Jahren den Witterungsverhältnissen ausgesetzt sind. Anschließend daran entwickelte Redner ein großzügiges Bauprogramm, das geeignet ist, innerhalb einiger Jahre allen wohnungsuchenden Danziguern eine menschenwürdige Wohnung zu verschaffen. Er zeigte auch den Weg zur Beschaffung der erforderlichen Mittel. Abg. Gen. Brill führte im Wesentlichen aus:

Die Wohnungsnot beschäftigt die gesamte Danziger Öffentlichkeit. Wiederholt, im Jahre 1920 und 1921 hat die Sozialdemokratie die Wege gezeigt, um dieses ungeheure Elend zu lindern, ohne leider die notwendige Beachtung zu finden. Zur Beilegung der Wohnungsnot ist jedoch bisher nichts geschehen. Deshalb sei diese große Anfrage erneut eingebracht worden. Notstände im Wohnungswesen waren auch schon vor dem Kriege vorhanden. Die Wohnungsnot ist heute in Danzig ungeheurer. In Danzig wurden bis zum Jahre 1912 jährlich etwa 850 Wohnungen neu gebaut, im Jahre 1913 436. Von 1914 bis 1919 wurden nur insgesamt 166 neue Wohnungen geschaffen. Aus dem Verbleib der alten Wohnungen und dem Ausfall der nicht erbauten Neubwohnungen entstand ein Mangel von ca. 7500 Wohnungen. Mit Einschluß der Familienangehörigen sind demnach

80 000 Danziger wohnungslos,

wobei zu bemerken ist, daß die nur von den Wohnungsämtern als dringlich anerkannten Fälle berücksichtigt worden sind. Tausende und Abertausende Danziger müssen heute in Räumen hausen, die man als Wohnungen überhaupt nicht bezeichnen kann. Als Folgen dieses Wohnungselendes wirken Kindersterblichkeit, Tuberkulose, Skrophulose und Rachitis. Eingehend schilderte Gen. Brill die Bedeutung einer gesunden Wohnung für das Wohlergehen der Familie.

Redner richtete dann an den Senator Dr. Leske die Frage, was er mit seinem Stabe von zwei Oberbauärzten, sechs Architekten, einer größeren Anzahl von Amtsräten und der überaus großen Anzahl von technischem Personal gegen die Wohnungsnot getan habe. Die Antwort gab Redner selbst. Dr. Leske hat seinen Freunden Willen geäußert, aber die große Masse der Wohnungslosen ging leer aus. Die Wohnrätinnen am Pröner Weg seien ferngeblieben für die Fertigstellung des Senators Dr. Leske. Am vergangenen Jahre habe man fast 200 Wohnungen errichtet, derartige Wohnungen seien fast bezeichnend. Nur die Härterepresentanten können mit der Tötlichkeit des Senators zufrieden sein.

Abg. Gen. Brill beabsichtigte sich denn mit der

Regulierung der Miete.

und erklärte, die überhöhten Mietmieten seien viel zu hoch, 30-40 Prozent hätten vollauf genügt. Gerade die Maßnahmen des Senators Dr. Leske hätte die Hausbesitzer zu dem Vorstoß zur Beilegung der Wohnungsnotswirtschaft ermuntert. Redner unterrichtete dann eingehend, ob dieses Vorhaben zur Zeit Aussicht auf Erfolg hat. Der Wohnungsbau war bis 1919 ein rein privates Unternehmen, was zur Folge hatte, daß der Privatunternehmer nur dann sein Kapital in einen Wohnungsneubau anlegte, wenn er die Gewissheit hatte, daß sich das Kapital durch die Miete verzinsende. Steigen die Hauskosten, wurden auch die Mieten erhöht. Um die Mieter vor gewalttätigem Emporkommen der Miete zu beschützen, da der Nachkriegs so gut wie kein Angebot gewährt wurde, wurde die Wohnungswirtschaft eingeleitet. Dies mußte geschehen, wenn nicht den Besitzern der alten Wohnungen ein unberechtigter Gewinn in den Schoß fallen sollte. Unerschwinglich ist jedem die Steigerung, die mehr als eine angemessene Verzinsung des Anlagekapitals eine Verleumdung der Verwaltungskosten des neuen Wohnungsbaues enthält. Deshalb ist die Mietsteigerung der Antrag der Gemeindevorwaltung unterstellt.

Senkung der Neubaupreise.

Das Baugewerbe ist überhaupt nicht gewillt, kleine Wohnungen zu bauen. Deshalb müssen die öffentlichen Körperschaften eingreifen. Die Miete der neuhergestellten Wohnungen muß der der alten Wohnung angepaßt werden, und zwar durch Senkung der Neubaupreise. Redner erörterte dann die verschiedenen Vorschläge zur Senkung der Neubaupreise und kam zu dem Ergebnis, daß diese durch

Serienbau

an zweckmäßigsten erzielt werden könne. Die sog. „Zelbsthilfe“ verspreche keinen Erfolg. Nachdem Redner den Verzicht auf Miet-, Kapitalzinsen und Grundrente ausführlich darlegte, beschloß er sich mit der Möglichkeit, Wohnungen durch Privatkapital zu schaffen. Auch dieses Banne bei der heutigen Kapitalarmut nicht die erforderliche Summe aufbringen, da schon bei Kreditkapital 30-40 Prozent Zinsen verlangt werde.

Da eine Verzinsung mit Wohnungen auf privatrechtlichem Wege nicht möglich ist, haben Staat und Gemeinde die Pflicht, die Wohnungswirtschaft bei der Erzeugung von Wohnungen zu unterstützen.

Die bisherige Wohnungsbauabgabe bedarf dringend einer Reorganisation. Die Verwaltung dieses gemeinwirtschaftlichen Kapitals muß in die Hand rein wirtschaftlich arbeitender Organe gelegt werden. Man kann der Allgemeinheit nicht zumuten, Leistungen ohne Gegenleistungen auf sich zu nehmen. Nach einer Schilderung des trostlosen Zustandes der meisten alten Wohnungen und der Bedeutung der Wiederbelebung des Baumarktes für die Beilegung der Arbeitslosigkeit erläuterte Redner die Mittel und Wege zu einer Besserung der Verhältnisse. Vor allem sei notwendig, für das Jahr 1924 ein festes

Bauprogramm

auszustellen, das die allmähliche Beilegung der Wohnungsnot gewährleistet und unter allen Umständen durchgeführt werden muß. Deshalb hat sich in Zukunft die Ausbringung der Mittel nach dem Bauprogramm, nicht aber das Bauprogramm nach den vorhandenen Mitteln zu richten. Ferner ist anzustreben, daß die Arbeitskraft der Bauarbeiter und die Leistungsfähigkeit der Baustoffwerke während des ganzen Jahres voll ausgenutzt werden.

Bei der

Finanzierung der Neubautätigkeit

muß dahin gestrebt werden, daß sich die Wohnungswirtschaft als Ganzes selber trägt. Für das Jahr 1924 ist der Wohnungsbauabgabe der Neubau von 1800 Wohnungen zugrunde zu legen. In jedem Vierteljahresrhythmus im Jahre 1924 ist die Abgabe weiter zu erhöhen. Für das Jahr 1925 wird durch Beibehaltung des Satzes vom letzten Vierteljahr 1924 die Finanz-Grundlage für ein Bauprogramm von 2800 Wohnungen geschaffen. Die erhöhten Aufwendungen, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten aus der Erhöhung der Wohnungsbauabgabe erwachsen, sind diesen durch die Erhöhung der Löhne und Gehälter zu erziehen.

Außer den Mitteln der Wohnungsbauabgabe ist der Kleinwohnungsbau mehr als bisher mit Arbeitgeberzuschüssen von Staat und Gemeinden, sowie von Industrie, Handel und Bankgewerbe zu fördern. Alle mit öffentlichen Zuschüssen erbauten Wohnungen müßten im Besitz öffentlicher oder öffentlich-rechtlicher Körperschaften bleiben. Gemeinnützige Baugenossenschaften und den Gesellschaften bürgerlichen Rechts kann das Eigentum an solchen Wohnungen unter der Bedingung übertragen werden, daß die Wohnung niemals in den Besitz von Privatleuten kommt.

Mahnahmen zur Verbilligung des Bauens.

Als Maßnahmen zur Verbilligung der Bauausführungen kommen in Betracht: rechtzeitige Bereitstellung der Mittel; die Verteilung der Bauaufträge auf das ganze Jahr; reichste Durchführung des einmal aufgestellten Bauprogramms; Vereinfachung des Antragswesens bei Verteilung der Zuschüsse; Anwendung erprobter wirtschaftlicher Bauweisen; Rationierung der Bauwirtschaft durch Einführung der wissenschaftlichen Betriebsführung im Baugewerbe; Herbeiführung eines scharfen Wettbewerbes durch Einhaltung gemeinnütziger Baubetriebe in den Baumarkt; Verbot der Luxusbautätigkeit und der unbedingt nötigen industriellen und sonstigen Bautätigkeit zur Freimachung von Baustoffen und Arbeitskräften. Zur Verbilligung der Baustoffe machte Redner ebenfalls beachtenswerte Vorschläge.

Vom Senat forderte Redner die Durchführung folgender Maßnahmen: rechtzeitige ausreichende Kredite für die Gemeinden für die Finanzierungnahme und Durchführung des Bauprogramms; finanzielle Hilfe an die gemeinnützigen Baubetriebe; wirklicher freier Wettbewerb bei Vergabe von Bauarbeiten; Bildung einer Verbraucherorganisation aus allen gemeinnützigen Bauherren und im Wohnungsbau gemeinnützige tätigen Stellen; Förderung der auf gemeinnütziger Grundlage tätigen Baustoffbeihilfungsstellen; fernere Einwirkung auf die Gemeinden, daß sie in gleichem Sinne tätig sind. Weiter forderte Redner vom Senat, daß er das Siedlungswesen mehr wie bisher unterstützt.

An den Volkstag und Senat richtete Redner den dringenden Appell, durch Ausweisung eines Bauprogramms die Wohnungsnot in drei bis vier Jahren zu beilegen. Vorsehrungen habe man genug gemacht, das Volk wolle jetzt Taten sehen.

Abg. Falk (D.D.) machte die Wohnungsnotswirtschaft für alles Wohnungselend verantwortlich. Die Hausbesitzer händen unter Ausnahmezeichen.

Senator Dr. Leske verneinte zunächst sich gegen die vom Gen. Brill erhobenen Vorwürfe zu verteidigen. Schuld an der geringen Bautätigkeit sei die Inflation und parlamentarische Schwierigkeiten. Der Abbau einiger Steuererlasse, die den Hausbesitz belasten, sei bereits erwogen. Eine Aufhebung des Grundbesitzversteuers sei jedoch ausgeschlossen. In allernächster Zeit werde dem Volkstag ein neues Wohnungsbaugesetz vorgelegt werden. Nur durch Veranziehung der privaten Bauwirtschaft sei die Beilegung der Wohnungsnot möglich. Voraussetzung dafür sei die Erhöhung der Mieten. Welcher Anteil davon den Hausbesitzern zufalle, müsse noch geprüft werden. Die Mittel zum Bau könnten nur im Wege der Mietwertabgabe aufgebracht werden. Die so aufgetriebenen Mittel sollen dann nicht als Pauschalzuschüsse, sondern als Hypotheken verwendet werden.

Das Haus vertrat sich alsdann, da es inzwischen 7 Uhr geworden war. Die heutige Nachmittagsitzung des Volkstages wird sich erneut mit diesen Problemen beschäftigen.

Danzig-polnische Verhandlungen

über die Silbermünzenausfuhr von Polen und Goldzölle.

Am 25. d. Mts. fanden im Finanzministerium in Warschau Verhandlungen über das Verbot der Silbermünzenausfuhr und die Verordnung betr. Zahlung der Zölle in effektiven Goldmünzen statt. Von Danziger Seite nahmen an den Verhandlungen teil Regierungsrat Dr. Jaeger als Regierungsvertreter, Bankdirektor Thiel und Kaufmann Sarawinski als Sachverständige.

Die Verhandlungen erzielten sich auf die getrennt von uns behandelte Frage der Münzabgabe von Danziger Silbergeld bei der Rückreise von Polen nach Danzig. Es wurde in dieser Frage mit der polnischen Regierung eine Einigung erzielt insoweit, als künftig die Beschlagnahme dann nicht mehr stattfinden soll, wenn sich der betreffende Reisende mit einem Einbruchstein über die Höhe des nach Polen eingeführten Geldes bei der Rückreise ausweist. Der Schein wird auf Verlangen bei der Einreise sogar im Zuge von dem kontrollierenden Finanzbeamten ausgestellt werden. Noch weitere Erleichterungen deart, daß bis zum Betrage von 100 Plots überhaupt keine Ausfuhrbeschränkungen für Danziger Silbergeld notwendig sein sollen, will das polnische Finanzministerium baldigst in wohlwollende Erwägung ziehen.

In der ferner erörterten Frage der Verzinsung der Zölle in effektiven Gold, war eine Einigung noch nicht zu erzielen. Senator Dr. Hoffmann hat eine provisorische Regelung vorgeschlagen in dem Sinne, daß statt der Verzinsung in Goldmünzen Begleichung des Zollbetrages

erfolgen könne durch sogenannte Goldpostcheine. Anweisungen der Danziger Banken auf die Oberpostkasse in Danzig, lautend über einen bestimmten Zinsbetrag, sind dieses Vorschlags war, das Aufgeld, das jetzt beim Ankauf von Goldmünzen von den Banken erhoben wird und etwa 10 Prozent beträgt, in Wegfall zu bringen bzw. wesentlich zu verringern, denn nach dem Vorschlage des Senats würde mit nur etwa 8 Prozent Aufgeld zu rechnen sein. Wenn auch die polnische Regierung im Prinzip mit diesem Zahlungsmodus sich einverstanden erklärte, war eine Einigung doch nicht möglich, weil die polnische Regierung nur eine definitive Regelung unter Anerkennung der Rechtskraftigkeit der Verordnung betr. Zahlung der Zölle in Goldmünzen zulassen wollte, und im übrigen hinsichtlich der praktischen banktechnischen Durchführung des vorgeschlagenen Verfahrens grundsätzlich andere Wünsche vorbrachte, zu denen die Danziger Vertreter ohne Rücksichtnahme mit ihrer Regierung keine endgültige Stellung nehmen konnten.

Aufhebung von Steuern.

Die unskizzierte Warenhaussteuer. — Das bekümmerte Selterwasser.

Der Steuerausichth des Volkstages beschäftigte sich am Dienstag mit dem Gesetzentwurf des Senats über die Aufhebung der Warenhaussteuer. Die Deutschnationalen und Deutschsozialen führten eine heftige Attacke gegen diese Vorlage und wünschten, daß das Warenhaussteuergesetz als ein Ausnahmegesetz gegen die Warenhausbesitzer bestehen bleibe. Beide Parteien wünschten eine Reform des Warenhaussteuergesetzes dahin, daß noch weitere Firmen in das Gesetz einbezogen werden. Der Senat hatte mitgeteilt, daß nur 10 Firmen im Gebiete der Freien Stadt Danzig unter das Gesetz fallen, und wünschte, weil auch die Erträge aus dieser Steuer so geringfügig seien, daß sie kaum die Aufbringungskosten deckten, eine Aufhebung der Steuer. Die Deutschnationalen und die Deutschsozialen waren trotzdem der Ansicht, daß die Steuer bestehen bleiben müsse, auch wenn sie keine Erträge für den Staat erbringe, um so die kleinen Firmen konkurrenzfähig gegen die großen Kaufhäuser zu machen! Von sozialdemokratischer wurde darauf hinweisen, daß es Pflicht der Arbeitervertreter sei, insbesondere schon wegen der schlechten Lohn- und Gehaltsverhältnisse, für eine Verbesserung familiärer Lebens- und Bedarfsmittel zu sorgen. Bei Aufhebung der Warenhaussteuer würde eine Verabschiedung der Preile eintreten. In der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf des Senats mit 7 Stimmen der Vertreter der Vereinigten Sozialdemokratie, der Kommunisten und des Zentrums gegen 6 Stimmen der Deutschnationalen und Deutschsozialen angenommen.

Der Gesetzentwurf der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei auf Aufhebung der Besteuerung von Mineralwässern wurde von den Deutschnationalen und vom Zentrum arg bekämpft. Nach ihrer Ansicht dürften die Einnahmen des Senats nicht verringert werden. Eine besondere Rolle spielte der Finanzsenator, der vor Beginn der Beratung eine Vertagung dieser Vorlage gewünscht hatte, weil in Uebereinstimmung mit dem Finanzrat ein dementsprechender Gesetzentwurf durch den Senat im Volkstag eingebracht werden solle. Später schien er aber umzufallen als er sah, daß die Mehrheitsverhältnisse über den sozialdemokratischen Antrag ziemlich unklar waren. Den bürgerlichen Parteien wurde von den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei entgegengehalten, daß die Aufhebung der Besteuerung der Mineralwässer eine Kulturakt bedeute, denn es sei durchaus notwendig, den Konsum von Alkohol in Danzig einzudämmen. Auch in Deutschland hätte sich vor mehr als Jahrzehnt der arbeits Teil der Mitglieder der bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstages mit den Linksparteien vereinigt, um diese Steuer aufzuheben. Ein Finanzkonsolidationsplan für den Staat nicht zu erwarten, da im Haushaltsplan für 1924 nur 500 Gulden an Mineralwassersteuern eingestellt worden seien. Die Vorlage wurde in der Abstimmung mit 6 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Deutschsozialen gegen 4 Stimmen der Deutschnationalen und des Zentrums angenommen.

Vorschuhzahlung an Beamte. Dem Volkstag liegt folgender von den meisten Fraktionen unterzeichnete Antrag vor: Wir beantragen, zu beschließen: Der Senat wird ersucht, den Beamten der Freien Stadt Danzig als Vorschuhzahlung auf die kommende Besoldungsverböhung am 29. Februar d. J. die Hälfte des feststehenden Monatsgehalts zu zahlen. Die Sozialdemokratische Fraktion steht ebenfalls auf dem Boden dieses Antrages. Sie hat von einer Unterzeichnung des Antrages nur Abstand genommen, weil sie gemeinschaftliche Aktionen mit den Deutschnationalen ablehnt.

Die Bank von Danzig fordert die Zeichner zur Einzahlung der 2. Rate auf. Siehe Inserat.

Fastnachtspiele veranstaltet die Spielgemeinde Danziger Wandertruppe, welche sich durch ihre volkstümlichen Spiele bereits einen großen Freundeskreis erworben hat, am Freitag, den 29. d. Mts. im Werkpavillon. Die Kostüme sind selbst in eigenen Werkstätten angefertigt. Die Aufführungen erfolgen auf einer selbstgebauteu Tribüne, um die Wohlsten des Spiels vortrefflich zur Geltung zu bringen. Man spielt „Rohdies zu Hünning“, „Das heisse Eisen“, „Der Bauer im Regen“, Spiele von Hans Sachs, dem Urvater deutscher Volkstüm. Näheres im Anzeigenenteil.

1 1/2 Meier harkes Mollanck. Die Einstellung des Fährbetriebes am Varnatter Wall hatte im Volkstag zu einer kleinen Anfrage an den Senat geführt, die dieser wie folgt beantwortet: In den Wintermonaten d. J. hat die Fähr bis zum 26. Dezember 1923 ohne und von da ab bis zum 5. Februar d. J. mit Unterbrechungen verkehrt. Seit dem 5. Februar ruht der Verkehr. Das Stilllegen der Fähr ist lediglich auf die Witterungs- bzw. Eisverhältnisse dieses Jahres zurückzuführen, die nachweislich die ungünstigsten der letzten Jahres sind. Im Hafen ist a. H. der Verkehr sogar für mittlere Eisbrecher unmöglich und in der Mottlau hat das Eis durch Zusammenziehen der Eiskollen in Verbindung mit den in die Mottlau verfeuerten Schmelzen stellenweise eine Stärke von 1 1/2 Meier erreicht. Sobald bessere Witterungsverhältnisse eintreten, wird der Fährbetrieb in vollem Umfang wieder aufgenommen werden.

Hohweders Berg- und Talbahn hat nun auch im Winter ihren Einzug gehalten und neben anderen Festlichkeiten in der Reithahn Sammelhalle 68 Aufstellungen gewonnen. Näheres bringt der heutige Anzeigenenteil.

Danziger Standesamt vom 27. Februar 1924.

Todesfälle: Frühere Wirtshausbesitzerin Luise Witt 71 J. 10 M. — Vater Oskar Witt 75 J. 5 M. — Arbeiter Karl Klein 65 J. 1 M. — Vater Walter Döring 24 J. 5 M. — Kaufmann Georg Schmidt 78 J. 4 M. — F. d. d. Kellners Hermann Wöblers 31 Stunde. — Witwe Marie Goese, geb. Fortsch 29 J. 5 M. — F. d. Schallbrunn-Wärters Augustus Erdmann 24 J. — Unterbeschäftigte Hedwig Frost 51 J. 10 M. — Badermeister Max Peters 64 Jahre.

Erster Klasse in Polen.

Der „Kurier Warschauer“ schildert fiktiv folgende

Wirkliche im polnischen Eisenbahnen:

Der Zug fährt ab und der Schaffner betritt das Abteil.

„Nun — warum also sind Sie für die Verdoppelung der

„Sie zahlen doch auch nicht?“ ist die Antwort.

„Nun ja — aber ich habe diese Freifahrtscheine schon

gründlich über. Sie bringen mich noch auf den Hund.

„Aber Sie: Kraft meiner Stellung habe ich Anspruch auf

vier solcher Scheine im Verlauf des Sommers, und zwar

für mich selbst und für meine Frau. Wenn einem die

Reise nicht kostet, reist man natürlich auch. Und zwar

natürlich möglichst weit. Das erste mal ging nach Lemberg

und von dort nach Warschau. Die Fahrt hatten wir nun

am liebsten, aber die Rechnung in den Hotels und Restau-

rationen verschlang um so mehr. Ohne einen Pfennig kamen

wir heim. Nach einiger Zeit meinte meine Frau: „Wir

haben noch drei Freifahrtscheine: sollen wir die verwerfen-

lassen?“ „Eigentlich hat sie recht, denke ich. So ginge

wieder auf die Reise, und diesmal nach Danzig. Mit

demselben Ergebnis. Später fuhren wir nach Warschau, die

nach Stolpa, und jetzt wollen wir uns mal Teichen anse-

hen. Aber gottlob ist das der letzte Freifahrtschein in die-

sem Jahre.“

„Auch ich“, so meinte ein dritter Fahrgast, „habe Anspruch

auf vier Freifahrtscheine im Jahre. Darüber hinaus darf

ich für ein Fernziel des tarifmäßigen Fahrpreises fahren, so

oft und so weit ich will. Na, so fahre ich denn. Einer mei-

ner Freunde ist Schmalzgeordneter. Der ist immer mit von

der Partie. Zum Beispiel: Wir fuhren zusammen in untere

Warschauer Stammkneipe bei dem üblichen Schnitzel und

Bier. Die Chose wird uns langweilig. Mein Abgeord-

neter sagt: „Weshalb mir das Total?“ — „Dobrze, dobrane —

aber wohin?“ — „Wohin du was? Wir gehen auf den

Bahnhof. Dort steigen wir in den ersten Wagen. Lassen

das Abteil verschließen und legen uns schlafen. Morgen

früh wachen wir dann auf, wo Gott will — in Posen —

leicht, oder auch in Danzig, oder sonst wo. Polen ist

überall schön.“ Na, und so haben wir's mehr als einmal

schon gemacht. Es gibt die Instanzen Stellen. Ich lege zum

Beispiel auf Danzig, der Schmalzgeordneter auf Lemberg. In

Wahrheit erwachen wir am anderen Morgen in Katowitz.

Auf die Art haben wir bereits alle Gneipen in ganz Polen

kenntgelernt.“

„Hier mischt sich ein vierter Fahrgast in die Unterhaltung:

Aus dem Osten

Am 1. März. Von der Auswanderung. Die unter

dem Vorzeichen des Schicksals zwischen den Gesamtgruppen

der Arbeiter und Arbeiterbetrieblingen Verhandlungen

und geschiedert da die Arbeitgeber auf dem Schieds-

gericht und die Gewerkschaften bei der Verhandlung ver-

harrten hat die über 48 Stunden geleistete Arbeit mit

einem Ausmaß von 10 Prozent und die über 24 Stunden

ausgedehnte Arbeitszeit mit einem Nebenbrennen von 15

Prozent zu beenden sei. Die Verhandlungen wurden

vorläufig ergebnislos abgebrochen. Darauf ist auf An-

trag des Arbeiterverbandes der Schiedsgericht vom

Schiedsgericht für verbindlich erklärt worden. Der Arbeit-

er

er

er

er

er

er

er

er

geberverband hat die Aufhebung der Auswanderung für den

27. Februar, mittags 12 Uhr, beschlossen.

„Kositten. Im Schnee: im verirrte. Der Schrift-

leiter Dr. Wald-Schneeberg wollte sich am vergangenen

Sonntag mit seinem Sohn im Flugzeug nach Memel be-

geben. Kurze Zeit nach dem Abflug vom Flughafen

Königsberg geriet das Flugzeug über der Kurischen Nehr-

ung in einen Schneesturm, der den Piloten an einer Not-

landung zwang, die zwischen Sarkau und Kositten ohne

Unfall verlief. Bald nach der Landung machten sich die

Fluggäste und der Führer und Bordmonteur auf die

Suche nach einer Unterkunft. Während der Führer und

der Monteur nach mehrstündigem Umherirren in fast meter-

hohem Schnee am Abend gänzlich erschöpft in Sarkau an-

kommen gelang es Dr. Wald und seinem Sohne nicht an

demselben Tage eine bewohnte Siedlung zu treffen. Sie

mühten unter der Veranda der im Winter geschlossenen

Reparaturwerkstatt im Freien übernachteten. Am an-

deren Tage setzten sie ihren Weg, ohne seit dem Abflug von

Königsberg irgend welche Nahrung zu sich genommen zu

haben, fort und fanden nach mehrstündigem Marsch durch

den hohen Schnee und das Duffeln endlich Kitcherbüten.

Amel. Vom Himmel gefallene Dollars. Bei

dem Dorfe Gardi in Litauen hat ein dort wohnhafter Land-

wirt im Sommer 1923 eine Geldtasche mit einem größeren

Geldbetrage, worunter sich auch amerikanische Dollarsnoten

befanden haben lassen gefunden. Es ist das Gerücht ver-

breitet, daß es sich um 7-8000 Dollar handeln soll und daß

die Tasche auf einer Heide gefunden wurde. Der Finder

will aber nur 100 Litas gefunden haben. Es ist aber mög-

lich, daß es sich um das Eigentum eines Litauens-Passagiers

handeln könnte, der die Brille dabei während der Luftfahrt

verloren hat.

Stettin. Beim Entladen ereignete sich auf dem

Dampfer „Frieda“ der Gra aus Schweden geladen hatte,

ein schwerer Unfall. Als eine Anzahl Seemannsleute mit

dem Entladen des Erzes beschäftigt war, stürzte plötzlich

die Grube zusammen und begrub zwei Arbeiter unter sich.

Einer war sofort tot, während der andere mit schweren

Verletzungen ins Krankenhaus gebracht wurde. An seinem

Leben ist noch kein Zweifel.

Aus aller Welt

Der Fubensee ausgetrennt. Der Untersee des Bodenc-

ices ist infolge der Kälte der letzten Tage bis auf einen

kleinen Teil am Schweizer Meer bei St. Gallen ausgetrennt.

Die Verbindung zwischen den Meeren über das Eis des

Sees ist teilweise unterbrochen. Nach der Insel Reichenau

führt die Poststraße über den See.

Starker Schneeeis in Italien. In Oberitalien hat ein

starker Schneeeis und Frost eingelegt. In Florenz und

Umgebung sind über 19 Zentimeter Schnee gefallen. Auch

am ganz Frankreich werden starke Schneefälle und strenge

Kälte angedeutet.

Ein entsetzlicher Selbstmord. Auf entsetzliche Weise hat

sich der 17 Jahre alte Dienstverpflichtete Walter Ruben

des Lebens beraubt. Am Hofe seines Vaters in Gießen

erhielt er sich mit Benzol und ähnelte dieses an. Er fand sofort in

seiner Kammer und verbrannte vollständig. Die sofort in

Hilfe gerufenen Ärzte konnten ihn nicht retten. Der ganze Körper

war schwarz gebrannt. Der Grund an der entsetzlichen Tat

steht noch nicht fest. Kurz bevor er sich mit dem Gift

beim Mittagsessen untermischte: Hierbei soll er noch keinerlei

Äußerungen zu seinem Vorhaben gemacht haben. Er fand

am Ende der Gebrannt und sollte sofort ins Krankenhaus

eingeliefert werden. Wiederholt hat er sich jedoch abfällig über seinen

Vater geäußert.

Wieder einmal der „unerschrockene“ Kesselfeuer. Der Fecht-

ler Cicca aus Rittweide, der bei einem Fechtturnier in

Wien übernachtete wollte hier sich einen geladenen Revolver

an die Schläfe und drückte ab in der Meinung, daß die Waffe

un geladen sei. Die Kugel drang ihm ins Gehirn und führte

keinen sofortigen Tod herbei. Cicca ist ein Sohn des öste-

rrischen Generalkonsuls in Berlin.

Die Riffe wieder auf und fuhr davon. Der zurückkehrende

Zumelner sah ihn noch den Handwagen in der Richtung nach

Berlin auf schieben. Als er seinen Laden betrat, entdeckte er,

daß für 2500 Goldmark Waren und Schmuckstücke aller Art

gestohlen waren. Ein Helfer des Diebes hatte aus der

der Riffe heraus die Füllung der Wadentüte herausgeholt,

die Wadentüte zusammengegriffen und endlich von der Riffe

aus die Füllung wieder eingeleckt, so daß die Nachbar-

schaft zunächst nicht merkte.

Lobespurg vom Kirchturn. Vom Turm der Westmünster

Kathedrale in London ist am Sonntag eine Mutter mit

ihren beiden Töchtern abgestürzt. Sie nahm für sich und

ihre beiden Kinder im Alter von 5 und 7 Jahren Fallschirm

für den Turm der Westmünster Kathedrale, der katholischen

(nicht mit der Westminster Abtei zu verwechselnden) Kirche

auf dem anderen Ufer der Themse. Um 1/2 11 Uhr sah der

Portier, daß das kleine Mädchen vom Turme herabstürzte.

Als er aus seinem Dienstraum heraustrat, sahen auch die

Mutter und das andere Mädchen tot auf dem Pflaster. Alle

drei waren von der Plattform des Turmes herabgestürzt.

Die Verunglückten konnten noch nicht fest-

gestellt werden, da die Mutter der beiden Kinder keinerlei

Papiere bei sich trug.

Raketenbraten als Scheidungsgrund. In Altencessen floste

eine Frau vor dem Amtsgericht in Essen gegen ihren Mann.

Er soll sie und seine 12 Kinder, die er verlassen habe, ernäh-

ren. Die Ehe war ungewöhnlich glücklich gewesen, aller-

dings nur, solange der Mann genügend Braten zum Mittag-

essen erhalten habe. Sobald ein fleischloser Tag eingelegt

werden mußte, gab es einen Söllentrad in dem Paradiese.

Eines Abends kam der Chemann ausnahmsweise eine

Stunde früher aus dem Bureau und überraschte sein Weib

— beim Zerlegen einer Kage. Die Frau legte reumütig

ein Geständnis ab: Sie habe angefaßt, der teuren Fleisch-

preise keinen anderen Rat gewagt, als allabendlich die 12

Kinder auf Raketenbraten in die Nachbarschaft zu senden. Nach

ihrer Berechnung habe er in den letzten Wochen 30 Raketen

in den verlockendsten Maskierungen teils als Fisel, Kote-

lett, Gulasch vorgelegt erhalten. Statt jeder Antwort ist

der Raketenbraten aus dem Hause gestürzt und ward nicht mehr

gesehen, bis die Bergweibste ihn in einem vegetarischen

Restaurant entdeckte, seine Adresse herausbekam und ihn

verklagte. Der Richter wußte sich keinen anderen Ausweg,

als daß er den Prozeß vertage. Jetzt hat der Mann die

Scheidungsklage gegen die Raketenbraten eingereicht.

Versammlungs-Anzeiger
Anzeigen für den Besichtigungstermin werden nur bis 9 Uhr morgens in
der Geschäftsstelle, Am Spandhaus 4, gegen Vorzahlung entgegen genommen
Stellenpreis 15 Guldenplennig.

2. B. D. 5. Bezirk, Kanakfurt. Donnerstag, den 28. Fe-

bruar, abends 7 Uhr im Klein-Sommerhof. Versam-

mlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Veliter,

über Feuerfestigung und Freidenkertum. 2. Bezirksan-

gelegenheiten.

3. B. D. 8. Bezirk, Nieberstadt. Donnerstag, den 28. Fe-

bruar, abends 7 Uhr Schule Ammodenacke: Bezirksver-

sammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht vom

Bezirksrat. 3. Bezirksangelegenheiten.

4. B. D. 9. Bezirk. Am Donnerstag, den 28. Februar,

abends 7 Uhr, im „Blauen Turmchen“ Neumarkt 10:

Bezirksversammlung. Ref.: Gen. Dr. Wina

5. B. D. 10. Bezirk. Am Donnerstag, den 28. Februar,

bei 1155: Bezirksversammlung. Ref.: Gen. Winken.

6. B. D. 11. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

7. B. D. 12. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

8. B. D. 13. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

9. B. D. 14. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

10. B. D. 15. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

11. B. D. 16. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

12. B. D. 17. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

13. B. D. 18. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

14. B. D. 19. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

15. B. D. 20. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

16. B. D. 21. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

17. B. D. 22. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

18. B. D. 23. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

19. B. D. 24. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

20. B. D. 25. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

21. B. D. 26. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

22. B. D. 27. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

23. B. D. 28. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

24. B. D. 29. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

25. B. D. 30. Bezirk. Freitag, den 29. Februar, abends

7 Uhr im „Lautenthaler Hof“ Jahresversammlung.

Referent: Abg. Gen. Josef.

Wirtschaft, Handel, Schifffahrt

Das deutsche Elend in Zahlen. Die deutsche Wirtschaftslage, die den internationalen Finanz-Sachverständigen überliefert worden ist, zeigt ein trostloses Bild. Am 1. Dezember 1919 lebten im damaligen Reichsgebiet 87,8 Millionen Menschen; damals 120, jetzt 127 Millionen pro Quadrat-Kilometer. Deutschlands Bevölkerung ist um 8,08 Prozent kleiner. Deutschland ist heute also bisher befehdet als vor dem Kriege. Aber die Erträge seiner Wirtschaft, der heimischen wie der Landwirtschaft, sind viel schwächer als früher, dagegen sein Gebietsverlust ist größer als früher. Bevölkerungswachstum. Dem 8,08prozentigen Bevölkerungswachstum stehen gegenüber: Verlust an Gesamtfläche des Reiches 18,0 Prozent; Verlust an Ackerland 15,4 Prozent; Verlust an Brotgetreide 33,4 Prozent; Verlust an Getreide überhaupt 20,4 Prozent; Verlust an Viehbestand 11,7 Prozent; Verlust an Schweinen 84,0 Prozent; Verlust an Schlachtungen 54,7 Prozent; Verlust an Futtermitteln 40,1 Prozent; Mindererzeugung an Steinkohlen (ohne Rev.) 31,0 Prozent; Minderproduktion an Eisenerz 79,0 Prozent; Minderproduktion an Blei- und Zink 68,8 Prozent; Mindererzeugung des Eisenbahnverkehrs 29,2 Prozent; Minderung des Güterverkehrs in der Binnenschifffahrt 41,0 Prozent; Rückgang der Einfuhr 48,1 Prozent; Rückgang der

Ausfuhr 39,0 Prozent. Der Rückgang der Bevölkerung liegt also eine viel stärkere Verringerung der industriellen Produktion, der Rohstoffe und der Nahrungsmittelmengen gegenüber. Der Verbrauch an wichtigen Artikeln, pro Kopf und Jahr berechnet, war in Deutschland (einschl. des gewerblichen und häuslichen Verbrauchs): Getreide 1918 49,16 Kilogr., jetzt 26,71 Kilogr.; Roggen 1918 158,1 Kilogr., jetzt 81,9 Kilogr.; Weizen und Spelz 1918 95,8 Kilogr., jetzt 47,8 Kilogr.; Gerste 1918 108,0 Kilogr., jetzt 30,0 Kilogr.; Kartoffeln 1918 700,2 Kilogr., jetzt 578,0 Kilogr.; Reis 1918 2,40 Kilogr., jetzt 1,84 Kilogr.; Gerste 1918 2,89 Kilogr., jetzt 1,78 Kilogr.; Bier 1918 108,0 Kilogr., jetzt 50,0 Kilogr.; Branntwein 1918 5,4 Kilogr., jetzt 2,0 Kilogr. Die sozialen Folgen der deutschen Wirtschaftskalamität sind nicht nur in der Arbeiterversicherung, sondern auch in der Bevölkerungssituation fühlbar. 1918 kamen auf hunderttausend Einwohner 39 Auswanderer, im vergangenen Jahre aber 180. Kindersterblichkeit und Rückgang der Geburtenziffer verraten folgende Ziffern: 1918 waren 11,5 Prozent aller männlichen Deutschen im Alter von unter 5 Jahren, 1922 nur noch 8,7 Prozent; beim weiblichen Geschlecht ist der Anteil der Kinder unter 5 Jahren von 11,0 Prozent auf 7,8 Prozent gesunken.

Neuer Arbeitszeitkampf in Rheinland-Westfalen. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet droht ein Streik der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswärter. Am 22. Februar wurde in Dortmund ein Schiedspruch über Arbeitszeitverlängerung in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken gefällt. Danach beträgt die Arbeitszeit für Schichtarbeiter

gewöhnlich 37 Stunden, für Bediensteter 70 Stunden, für Letztere jedoch in zwei Wochen nicht mehr als 177 Stunden. Für zwölfstündige Anwesenheit im Werk wird Bezahlung für 10 Stunden gewährt. Alle Vertreter der Arbeitnehmer waren gegen, alle Arbeitgebervertreter für diese Regelung. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 1. März 1924. Die Durchführung dieses Schiedspruches würde bedeuten, daß die in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter zweierlei Arbeitszeit erhalten; denn für die anderen Gemeindearbeiter besteht nur eine neunstündige Arbeitszeit. Am Sonntag nahm in Essen eine Konferenz der Arbeitnehmerorganisationen zu diesem Schiedspruch Stellung und lehnte ihn einstimmig ab, weil keine wirtschaftlichen Gründe eine Verlängerung der bisherigen Arbeitszeit in diesen Industriezweigen notwendig machen.

Die Siemens-Werke in Polen. Die großen elektrotechnischen Siemens-Werke auf polnischem Gebiet haben eine völlige Umgestaltung erfahren. Die in Liquidation befindliche Siemens-Alt-Ges. in Kongreßpolen hat sich mit der gallizischen Siemens-Schudert-Ges. m. b. H. vereinigt und mit der österreichischen Siemens-Schudert-Gesellschaft einen Vertrag geschlossen, auf Grund dessen dem neuen Konzern alle Siemensischen Erfindungen und Verbesserungen zur Verfügung stehen. Der Konzern hat neue umfangreiche Geschäftsbauwerke bei Lodz erworben.

Speditons- und Transportgesellschaft „VEREINIGTE SPEDITEURE“

M. B. H. DANZIG
Telefon: Nr. 314, 6436 Brothänkengasse Nr. 26 Tel.-Adr.: „Dankro“
Spedition, Kommission, Verzollung, Lagerung, Versicherung, Inkasso
Die besten Verbindungen mit Speditonsfirmen an jedem Handelsplatz im In- und Auslande



Julius Brilles A.G.
Schuhfabriken
Danzig * Bydgoszcz

Banku dla Handlu i Przemysłu w Warszawie

Oddział w Gdańsku
Reitbahn 18
Telephon Nr. 3698, 3699, 7297
Telegramm-Adresse: Bank w ar.

„Polbal“

Polsko Bałtyckie Towarzystwo Handlowe i Transportowe S. m. b. H.
Danzig, Breitgasse 22/23
Telegramm-Adresse: „POLBAL“ Tel.: 325, 3960, 3961, 3962, 5422
Eigene Kaispeicher sowie große Lager für Holz, Stück- u. Massengut

Danziger Holz-Kontor

Aktiengesellschaft
Milchkannengasse 28-29

Actiengesellschaft für Holzinteressen

Danzig, II. Damm 18
Telephon Nr. 3809, 3240
Lagerplatz und Sägewerk: Weichselmünde • Tel. 3715
Legr.-Adr.: Holzinteresse Danzig
Spedition u. Lagerung v. Hölzern aller Art • Lohnschnitt

Hugo Birkenfeldt

HOLZ-GROSSHANDLUNG
Danzig-Langfuhr, Neuschottland 19
Telefon 3681 • Telegr.-Adr.: Holzbirkenfeldt

„OIKOS“

Danziger Möbelindustrie und Holzbearbeitung A.-G.

Kiewe & Co.

DANZIG
Jopengasse Nr. 4, 2 Treppen
Textilwaren-Grosshandlung.

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz! Ohne Gewähr!
(E) **Danziger Fernverkehr.**
Danzig Hbf.—Dirschau und zurück.
Danzig ab 300, 600, 630, 1040, 114, 150, W300, D 600, D 600, 711, D 600, 815, 840, 1020.
Dirschau an 410, 740, 1130, 740, 200, W 300, D 641, D 700, 811, D 811, 915, 921, 1130.
Dirschau ab 1200, 400, W 700, 740, D 740, 700, D 847, D 907, 944, D 1030, 150, 740, 500, 830.
Danzig an 100, 607, W 700, 1810, D 811, 900, D 900, D 940, 1101, D 1140, 311, 1340, 711, 900.
Danzig—Hohenstein—Berent.
Danzig ab 300, 600, 114, 711, Berent ab 400, 810, 1200, 800.
Es bedeutet: D=D-Zug, T=Triebwagen, †=Fährt nur bis Hohenstein.

Erfurth & Gillis

G. m. b. H.
Danzig, Pfefferstadt 1
Telegr.-Adr.: Ergillis • Telefon 5434, 5936
Fahrräder :: Nähmaschinen :: Zubehörteile
en gros
Motorräder, Kleinkraftträder, Einbaumotore
Das führende Engros-Haus des Ostens
Eigene neues Geschäftshaus Paradiessgasse 14 wird Anfang 1924 bezogen

Walter Kohn

Textilwaren-Großhandlung
DANZIG
Fernsprecher 3430 • Jopengasse 24

Alexander & Lewin

Langgasse Nr. 26/27
Textilwaren
En gros :: Export
Spezialität: Damen-Kleiderstoffe und Voiles
Generalbevollmächtigte für M. SIEG & CO., Berlin



Konserven
Marmeladen
Kunsthonig

Delos . . ohne Mundstück 2 Guldenpfennig | Bon ton Gold 5 Guldenpfennig
Roland . . Gold 3 Guldenpfennig | Minos . . Gold 7 Guldenpfennig

sind die beliebten Marken der
Zigarettenfabrik „Hellas“
DANZIG

Leo Neumann

Webwarengroßhandlung

Leo Neumann & Herz A.-G.

Textilwaren-Export und -Ausrüstung
Danzig, Dominikswall Nr. 12.

Rudolf Prantz, Danzig

IMPORT Hopfengasse Nr. 29 EXPORT
Fernsprecher Nr. 5376 und 5387
Getreide, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte, Saaten, Kolonialwaren

Danziger Essigsprit- und Mestrich-Fabrik

R. HAFKE & CO.
Telephon 783 :: Kontor und Fabrik: Gr. Schwalbengasse 34
Nur garantiert reine Produkte in prima Qualität

Bukofzer & Co.

Vorstädtischer Graben 15
Kurz- und Wirkwaren-Großhandel

Albert & Bruno Fischer

Danzig, Heumarkt 4
Schürzen- und Wäschefabrik

Johs. P. Uhlitzsch

Königsberg l. Pr., Weidendam 4
Fernsprecher Nr. 8135
Danzig, Altstädtisch. Graben 19-20
Fernsprecher Nr. 5748

Wäschefabrik
Fabrikalager in Herrenwäsche und Strumpfwaren.

Bensinger & Co.

IMPORT Textilwaren EXPORT
DANZIG FRANKFURT a. M.
Breitgasse Nr. 124 Kaiserstraße Nr. 71
Telephon: Danzig Nr. 660 | Telephon: Hansa Nr. 4535
Telegr.-Adresse: „Eselou“ | Telegr.-Adr.: „Bensingerius“
Vertreter der Firma S. BENSINGER, London E. C. 1, 21, Redcross St.
Ständige Lager in DANZIG, POZNAŃ, KRAKOW, LW

Walter Goldstein

DANZIG
Favigraben Nr. 18/19
Telephon Nr. 3140 ::
Leinen- u. Baumwoll-Waren en gros

Kleine Nachrichten

Neuer Höhenrekord. Der amerikanische Flieger-Leutnant Mc. Ready hat einen neuen Höhenrekord aufgestellt indem es ihm gelang, eine Höhe von 12.400 Metern zu erreichen. Der bisherige Rekord betrug 11.145 Meter und war von dem Franzosen Sadi-Lecocq aufgestellt worden.

Die 19 verdienstvollen Förderer der Kultur. Die Professoren der Universität in Washington haben aus ihrer Mitte einen Ausschuss gebildet, dem die Aufgabe zufällt, die 19 Männer zu bezeichnen, die sich nach ihrer Meinung das höchste Verdienst um die Förderung der Wissenschaft der Welt erworben haben, und deren Büsten in der Aula der Hochschule am Potomac aufgestellt werden sollen. Trotz dem streng geheimnisvollen Charakter des einig von den Namen der Bewählten in die Öffentlichkeit gedrungen. Danach ist Amerika nur durch Franklin vertreten, während weiterhin genannt werden: Homer, Dante, Goethe, Shakespeare, Beethoven, Moses, Plato, Darwin, Galilei, Newton, Gutenberg und Pasteur.

Erkrankung Kowalski. Der Vorsitzende des Rates der russischen Volkskommission Kowalski, der nachfolgend erkrankt, ist erkrankt. Es handelt sich um einen neuen Anfall eines Nierenleidens, unter dem er schon früher litt. Kowalski hat

Moskau verlassen und ist nach dem Süden gereist. Seine Vertretung übernehmen Kamenow und der Vorsitzende des Amtes für Landwirtschaft, Jakuwa. Irgend welche weittragende Folgen wird diese Veränderung nicht haben.

Das genährte Herz. In der Petersburger Gesellschaft der Chirurgen stellte der russische Arzt Dr. Schawaridse einen Mann vor, dem nach seinen Angaben vor elf Jahren zwei Nagenverletzungen und das Herz von dem operierenden Arzt genährt worden sind. Obwohl der Operierte sich später dauernd mit körperlicher Arbeit beschäftigen mußte, und ungeachtet mehrfacher Erkrankungen des Mannes ist das Herz noch heute, wie der Referent darlegte, in befriedigendem Zustand.

Ein Gehaltsabban in Amerika. Das Verbandsmitglied der „Emergency Fleet Corporation“ in New York, Vizepräsident Lode, hat seinen Posten als arbeitsführender Direktor der „United States Line“ aufgegeben, da er mit der Gehaltsabziehung seines Jahresgehalts von 25.000 auf 18.000 Dollars nicht einverstanden ist.

Die Schrecken des nächsten Krieges. Unter dieser Überschrift wird dem „N. Y.“ aus New York gedruckt: Der Vizepräsident der von der naturwissenschaftlichen Fakultät der Mac Gill Universität in Kanada hat, wie aus Montreal gemeldet wird, eine aufsehenerregende Rede gehalten, in der er sagte, daß gegenwärtig die technische Grundlegung viel verheerender Kriege im Gange sei, als die Menschheit

jemals gesehen habe. Man werde auf sehr starke Aufzucht angewiesen sein, denn darin liege die einzig mögliche Abwehr gegen die Angriffe aus der Luft mit einer neuen Art schrecklicher Bomben. Diese würden mit einem Gas gefüllt sein, dessen Explosion ohne weiteres ganze Städte zerstöre. Der nächste Krieg werde infolge dieser technischen „Fort-schritte“ einen so entsetzlich vernichtenden Charakter tragen, daß die menschliche Zivilisation ihn nicht überleben können.

Der Streit um das Pharaonengrab. Es wird bestätigt, daß die ägyptische Regierung Lady Carravon vorgeschlagen hat, die Ägypten, die ihrem verstorbenen Gatten gewährt worden war, wieder zu erneuern. Der neue Vertrag wurde aber genügend klar abgefaßt, um in Zukunft Meinungsverschiedenheiten zu verhindern, wie sie kürzlich aufgetreten sind. Die ägyptische Regierung hat nicht die Absicht, die Ausgrabungen auf eigene Rechnung fortzuführen. Das Grab wird während 10 Tagen geöffnet bleiben, um den internationalen Gelehrten Gelegenheit zu geben, es zu besuchen. Nachher werden alle ausgegrabenen Gegenstände in das Ägyptenmuseum nach Cairo übergeführt werden.

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber für Inserate Anton Hooßen, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von F. Gebl u. Co., Danzig.



Tafel-Essig

H. Thalberg & I. Rubinowitch, Danzig

Meizergasse 4
Export u. Import u. Vertretungen
Abteilung I: Teig, Holz, Löss, Quarz
Abt. II: Metalle: Zinn, Zink, Kupfer, Blei, Farben
Ständiges Transit-Lager

H. Berneaud

Königsberg · DANZIG · Stettin
Tel.-Adr.: Berneaud Danzig :: Telefon 40, 3340
Gegründet 1868

Herings-Import und Export

Götzen

Rotes Band
Grünes Band
Blaues Band

der reine

Danziger Branntwein

L. Luchtenstein, Danzig-Langfuhr

Jäschkentaler Weg 14/15

Dampfsäge- u. Hobelwerke :: Holzgroßhandlung :: Export

S. A. Hoch · Danzig

Danzig, Johannsgasse 29/30
Gegründet 1868 :: Telephon 213

Alteisen - Metallhandlung - Nutzeisen

Danziger Zündwaren-Fabrik

Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Danzig, Schellmühl

Fernsprecher Nr. 221

Hansa-Sicherheits-Zündhölzer
Flaggen-Hölzer

Albert Kuh G. m. b. H.

Telefon 379, 1055, 533, 597

Getreide :: Mühlenerträge :: Seaton

Propaganda-Drucksachen

Liefert prompt, sauber und billig

J. Gehl & Co., Danzig

Am Spandauer 6

Marcus Becker

Hauptgasse Nr. 91

Fernsprecher-Anschluß 323

Bestellung: Maschinen :: Transmissions :: Pumpen :: Hebezeuge



Dieses Flachpult

findet im modernen Büro
häufige Verwendung

Orga-Werke

Carl Ernst Herbst

Töpfergasse

Nähe Haupt-Bahnhof

L. Lankoff

Carl Ernst Herbst

2. Damm 7-8

Vorst. Graben 12-14

Langfuhr-Hauptstr. 26

3130

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Wesentlichste

Ohne Gewähr!

(F) Danziger Fernverkehr

Danzig (Marienberg) - Konitz - Berlin und zurück.

6³⁰, 10³⁰, -D, -D, 11³⁰D, -E, ab Danzig an 11³⁰, 11³⁰D, -D, 4³⁰D, -D, -E,
- 11³⁰, 10³⁰, 7³⁰, 12³⁰, ab Marienberg an - 5³⁰, 2³⁰, 6³⁰, 10³⁰,
10³⁰, 5³⁰, 8³⁰, 7³⁰, 11³⁰, 11³⁰, ab Berlin ab 12³⁰, 4³⁰, 9³⁰, 5³⁰, 10³⁰, 11³⁰,

Danzig - Stettin - Berlin und zurück.

7³⁰, 11³⁰D, 3³⁰ ab Danzig an 12³⁰D, 5³⁰, 1³⁰
10³⁰, 7³⁰, 4³⁰ ab Stettin ab 10³⁰, 10³⁰, 12³⁰
1³⁰, 9³⁰, 5³⁰ ab Berlin (Stettiner Bahnhof) ab 6³⁰, 8³⁰D, 8³⁰

Danzig - Marienberg - Königsberg und zurück.

10³⁰, 3³⁰, 6³⁰, 1³⁰, 6³⁰D, 7³⁰, ab Danzig an 11³⁰, 11³⁰, 3³⁰, 6³⁰D, 9³⁰, 12³⁰,
1³⁰, 5³⁰, 9³⁰, 4³⁰, 7³⁰, 9³⁰, ab Marienberg ab 8³⁰, 9³⁰, 12³⁰, 2³⁰, 7³⁰, 11³⁰,
3³⁰, 6³⁰, 10³⁰, 5³⁰, 10³⁰, 11³⁰, ab Königsberg ab 7³⁰, 9³⁰, 11³⁰, 12³⁰, 6³⁰, 9³⁰,
12³⁰, 1³⁰, 9³⁰, 11³⁰, -, ab Königsberg ab - 7³⁰D, 7³⁰, 11³⁰, 2³⁰, 6³⁰,

M. Slaweit & Co. Ltd

LONDON - DANZIG

Holzexport

Meizergasse 4

TEL 787-1474

Dr. Ing. Richard Abraham

DANZIG, Dominikswall 4

Bauausführungen

Sägewerk mit Gleisanschluss □ Holzlagerplätze □ Spedition

White Star Line

and

White Star Dominion Line

Regelmäßige Dampferverbindungen von

Southampton-New York

Liverpool-New York

Liverpool-Halifax und Quebec

Liverpool-Boston-Philadelphia

Danzig-Hamburg-Halifax-New York

via Southampton und Cherbourg

sowie nach allen Hafenplätzen der Welt

Danzig, Töpfergasse 31-32

Teil-Adr.: Olympic

Telefon 5875 u. 7292

Geschäftsstunden 9-1, 2-5
und Auswandererlager

Danzig-Kattowitzer Eisen- u. Metallhandels-Gesellschaft

Zentrale: DANZIG, Brückenkamp Weg 18 :: Fernsprecher: 2839 u. 3448

Telegraph-Adresse: „DAKEM“

Filiale: KATTOWITZ, Querstraße 2 :: Fernsprecher: 488, 499, 490

Bleche, Voll- und Feldbahnmaterialien, Alzeisen, Almetalle, Stab- und Formeisen, Eisenbleche, Draht und Drahtstifte, Gasröhren, Hufeisen, Zinnbleche

Hirschfeld & Sohn · Filiale Danzig

Fernsprecher Nr. 2470, 2657

Altstädter Graben Nr. 4

Telegr.-Adresse: Pitprops

Libau, Riga

HOLZ-EXPORT

Windau, Reval

Holzindustrie Leon Aitrachan Akt. Ges.

Eigene Wälder in Polen :: Eigene Sägewerke in
Polen und Danzig :: Export nach dem Ausland

Danziger Nachrichten

Die Einheitsfront für den Wahlsonntag.

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig hielt am Montag, den 25. Februar, seine Delegiertenversammlung ab. Einleitend gab Sekretär Kłobowski die Abschätzung über das 4. Quartal (Monat Nov./Dez. 1923) bekannt. Sie weist eine Einnahme von 946,15 Gulden, eine Ausgabe von 774,70 Gulden auf. Es verblieb ein Bestand von 171,45 Gulden. Dem Kassierer wird auf Antrag der Kommission Entlastung erteilt.

Kłobowski beschäftigte sich alsdann in längeren Ausführungen mit den Beziehungen der Arbeitgeber und Arbeiter der Errungenschaften der Revolution und auf Beseitigung der Maßnahmen, die der Bundesvorstand gegen erklärte Maßnahmen getroffen hat. Auf Ersuchen dieses Bundesvorstandes haben sich die Danziger Spitzenorganisationen aller Richtungen für ein gemeinsames Ganges auf wirtschaftlicher Grundlage erklärt. In allen Verhandlungen dieser Organisationen, an denen Vertreter von mehr als 60.000 Hand- und Kopfarbeitern des gesamten Freistaates teilgenommen haben, ist das Ansehen der Arbeiterbestimmungen an befestigen, einmütig abgelehnt worden.

Arbeitslosigkeit und Preiswucher.

In der schärfsten Weise wurde Protest erhoben gegen die in der Hauptsache durch viele Arbeitgeber künstlich heraufbeschworene Arbeitslosigkeit und gegen den Preiswucher für alle Lebens- und Bedarfsmittel. Verlangt wurde, daß auf Senat und Volkstag eingewirkt werden solle, um diese katastrophalen Zustände zu beseitigen.

In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen: Henning, Klinger, Hantenburg, Swil, Müller, Hübler u. a. Sie erklärten alle ihre Zustimmung zu den bisher eingeleiteten Schritten. Folgende Entschliessung wurde sodann einstimmig angenommen:

„Die am 25. Februar 1924 tagende Delegiertenversammlung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Freien Stadt Danzig nimmt Kenntnis von den Bestrebungen der Arbeitgeber auf Abschaffung der gesetzlichen achtstündigen Arbeitszeit, sowie der Arbeiterschutzbestimmungen.

Die Delegierten erwarten vom Bundesvorstand, daß er im Verein mit den Spitzenorganisationen der anderen Gewerkschaftsrichtungen den Abwehrkampf gegen den Ansturm der Arbeitgeber auf die Rechte der Hand- und Kopfarbeiter vorbereitet. Sie billigen die bisher vom Bundesvorstand in dieser Beziehung ergriffenen Schritte und verpflichten, den als notwendig erachteten Maßnahmen in den einzelnen Gewerkschaften zur Durchführung zu verhelfen.

Die Delegierten stellen fest, daß durch die Machinationen der Arbeitgeber eine ungesunde Erregung in die Danziger Arbeiterschaft eingeblasen ist. Diese wird durch die Vermehrung der Arbeitslosigkeit, indem die Arbeitgeber langjährig beschäftigte Arbeiter in der rückwärtsgehenden Weise auf die Straße werfen, täglich gesteigert. Die Delegierten erklären, daß der Freistaat vor großen wirtschaftlichen Erschütterungen nur gerettet werden kann, wenn das Meer der Erwerbslosen Arbeit erhält. Dieses kann nicht durch Verlängerung der Arbeitszeit und Aufhebung oder Verschlechterung der Arbeiterschutzbestimmungen geschehen.

Eine Besserung kann vielmehr nur dadurch erzielt werden, daß die Arbeitgeber durch die Behörden gezwungen werden, den gesetzlichen, achtstündigen Arbeitstag zu respektieren und indem die bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen durch

Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes

verbessert werden.

Die Delegierten beauftragen den Bundesvorstand, in diesem Sinne auf den Senat und den Volkstag einzuwirken und lehnen jede Verantwortung für die Folgen ab, welche eintreten müssen, wenn der Senat und der Volkstag auf diesem Gebiete verharren.“

In Hand eines reichen Materials gab Kłobowski einen Überblick über die Entwicklung der Danziger Arbeiterbewegung in den letzten Monaten. Er ging auf die finanziellen Schwierigkeiten ein, in denen sich die Kasse in der letzten Zeit der Papiergeldwirtschaft befindet. Er freite den Streik der Ärzte und Apotheker und die katastrophale Bekämpfung, welche die Kasse durch Abschluß von Verträgen mit diesen zu tragen habe. Der heutige Zustand in Bezug auf die ärztliche Versorgung der Mitglieder sei kein idealer. Die Kasse könnte mit einer bestimmter Anzahl angesehener Ärzte bedeutend günstiger wirtschaften. Die jetzige Praxis bringe es mit sich, daß einzelne Ärzte von den Mitgliedern geradezu überlaufen würden; das erziehe man am besten daraus, daß ein Arzt für 11 Wochen 6500 Gulden Honorar erhalten habe, der täglich 130 Patienten behandelt habe. Zurzeit ist ein Vertrag mit den Ärzten bis zum 1. Juni abgeschlossen. Neue Ärzte sollen nicht mehr zugelassen werden.

Verabreichung der Krankenkassenbeiträge.

Der Vorstand der Kasse hat beschlossen, daß der Beitrag ab 1. März von 10 Prozent auf 7 1/2 Prozent herabgesetzt wird. Die Familienhilfe soll weiter ausgebaut werden; auch soll evtl. später das Krankengeld von 50 auf 60 Prozent des Grundlohnes erhöht werden. Um eine Einwirkung auf die Preisgestaltung der Arznei und Heilmittel aller Art in Danzig zu erwirken, ist eine Einkaufsgesellschaft für diese Artikel gegründet worden, die der Krankenkasse 20 Prozent Rabatt auf den Großhandelspreis garantiert. Dieser Rabatt kommt den Mitgliedern der Kasse unmittelbar zu gute. Ferner ist seit dem 1. Dezember 1923 ein Apothekerverein gegründet worden, der die Apothekerrechnungen usw. anstellt. Zum Schluß macht der Redner die Anweisungen auf die Familien- und Freiwilligenversicherung gegen Krankheit aufmerksam und erläutert die einzelnen Bestimmungen. Das Ziel der Krankenkasse sei für die nächste Zeit: die Schaffung einer Beratungsstelle für Kranke, Einrichtung einer Zahnklinik und eines Ambulatoriums.

Am Schluß der Versammlung machte Kłobowski bekannt, daß die heutige Versammlung die letzte sei, die der Kassenrat tagen. Durch Verhandlungen mit der Grundbesitzverwaltung sei es möglich geworden, die Geschäftsfläche der Kasse Karpienfeigen auf 10 Jahre für den Allgemeinen Gewerkschaftsbund zu mieten. Der Umzug der Gewerkschaften dorthin werde in der Zeit vom 1. bis 31. März vollzogen.

Der Geldpostverkehr nach Deutschland. Postanweisungen.

Postanweisungen und Nachnahmen nach Deutschland, die in Mark auszufallen sind, dürfen fortan nur auf durch 10 teilbare Markbeträge lauten. Bei Postanweisungen nach Deutschland müssen die für jedes einzelne Wertpapier einzustellenden Beträge auf durch 10 teilbare Markbeträge abgerundet sein. Nachnahmen in Mark auf Postpaketen aus Deutschland werden künftig ebenfalls nur noch auf durch 10 teilbare Markbeträge ausfallen können.

Der Danziger Arbeitslosenverein stellt am Montag seine Monatsversammlung ab.

Es wurden gemäß die Herren Köber, 1. Vor-

stand, Reich, 2. Vorsitzender, Soos, 1. Kassierer, Aube, 2. Kassierer, Arnold, 1. Schriftführer, Vangs, 2. Schriftführer, Hilbert und Küger, Beisitzer. Von den fördernden Mitgliedern wurden in den Vorstand gewählt die Herren Köber, Aube, Gebauer, Akg. Schille und Jwers. Die nächste Monatsversammlung wurde auf Montag, den 31. März, nachmittags 8 Uhr, in der Aula der Schule an St. Johann festgesetzt.

Der Geldpostverkehr mit dem Auslande.

Die gegenwärtigen Bestimmungen für den Geldübermittlungsverkehr mit dem Auslande durch die Post sind in der Öffentlichkeit z. T. noch wenig bekannt. Folgende Ausführungen mögen einen Überblick bieten:

Im Verkehr mit Deutschland wird der Postanweisungen-, Postauftrags- und Nachnahmeverkehr seit dem 1. Januar im allgemeinen nach den Bestimmungen der internationalen Postabkommen ausgeführt, jedoch können auch gemöhnliche Briefbestimmungen mit Nachnahme belastet werden. Postanweisungen. Postanweisungen nach Deutschland müssen in deutscher Reichsmark (Papiermark) ausgestellt werden; Höchstbetrag unbegrenzt. Die Einzahlung bei den Postanstalten hat in Guldenwährung nach dem von der Postverwaltung festgesetzten Umrechnungsfuß zu erfolgen. Die Gebühren betragen: bis 50 Gulden 50 Pf., über 50 Gulden bis 100 Gulden 100 Pf., für jede weitere 100 Gulden 50 Pf. Postanweisungen aus Deutschland nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig lauten auf Gulden; Höchstbetrag 1000 Gulden. Wegen der Auslösung von Postanweisungen aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig nach Deutschland, die auf Rentenmark lauten und in Deutschland in Rentenmark ausbezahlt werden, schweben zurzeit Verhandlungen mit der deutschen Postverwaltung. Nachnahmen. Die Nachnahmebeträge sind anzugeben auf gemöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Wertbriefen und Wertkästchen aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig nach Deutschland in deutscher Reichsmark — Papiermark — (Höchstbetrag 1000 Billionen Papiermark), aus Deutschland nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig in Gulden (Höchstbetrag 1000 Gulden), auf Paketen aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig nach Deutschland in Gulden (Höchstbetrag 1000 Gulden), aus Deutschland nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig in Reichsmark — Papiermark — (Höchstbetrag 1000 Billionen Papiermark). Die in Guldenwährung einzuziehenden, auf dem Nachnahme-Paket aus Deutschland in Markwährung angegebene Beträge werden von den freikundigen Bestimmungen des Postanweisungsfuß nach dem am Einzahlungstag geltenden Einzahlungsfuß für den Postanweisungsfuß nach Deutschland umgerechnet.

Im Verkehr mit Polen ist der Postanweisungsfuß-Nachnahme- und Postauftragsverkehr noch nicht eingerichtet. Im Verkehr mit dem übrigen Ausland findet der Postanweisungsfußdienst nach denselben Grundfäden und zu den gleichen Gebühren wie nach Deutschland, statt. Bei der Auslieferung sind die Anweisungen in der Regel in der Währung des Bestimmungslandes auszustellen. Die Umrechnung des Geldes erfolgt nach dem von der Postverwaltung festgesetzten Umrechnungsfuß. In der Richtung aus dem Auslande werden die Postanweisungen in der Regel in der Danziger oder englischen Währung ausgestellt. Sowie sie auf die englische Währung, so erfolgt die Umrechnung nach dem Verhältnis 1 Pfund Sterling gleich 25 Gulden. Der Postanweisungsfußverkehr mit Belgien, folgenden Ländern: Belgien (in der Richtung aus Belgien) Dänemark, China, Griechenland, Großbritannien, Irland (in der Richtung aus Danzig), Luxemburg, Saargebiet, Tschechoslowakei, Ungarn. Wegen der Aufnahme des Verkehrs mit England in der Richtung aus Danzig sind Verhandlungen mit der Postverwaltung aus England, das dem internationalen Abkommen über den Postanweisungsfuß nicht beitreten ist, im Gange. Der Nachnahme- und Postauftragsverkehr findet in der Regel mit allen den Ländern statt, mit denen ein Postanweisungsfußverkehr unterhalten wird. Nähere Auskünfte erteilen die Postanstalten (in Danzig die Auskunftsstelle beim Postamt 1, Danzigschiff) und Fernsprechanlagen. Der Verkehr findet mit dem Auslande zurzeit nicht statt.

An die Bezirks- und Unterkassierer der BSPD.

Die Leiter der Parteibeiräte werden dringend ersucht, umgehend Material im Parteibureau in Empfang zu nehmen. Die Bezirks- und Unterkassierer machen wir darauf aufmerksam, daß alle Parteibeiräte, die aus Papiercheinen im Werte von und unter 5 Gulden bestehen sofort in Hartgeld umzuwechseln sind. Nach dem 1. März werden diese Geldcheine im Parteibureau nicht mehr angenommen.

Der Landesvorstand.

Bestrafte Verkaufverweigerung und Preistreiberei.

Der Kaufmann Klawitter in Langfuhr, Hochkirch 46, forderte am 21. September 1923 für einen Knopf 20 Millionen Mark, während ein Preis von höchstens 2 Millionen Mark angemessen war. Wegen Preistreiberei wurde er mit 150 Gulden bestraft.

Der Kaufmann Gustav Kröblich in Danzig, Hoh-Seigen 29 forderte am 11. Oktober 1923 für Kartoffeln, die er am selben Tage zu einem Preise von 90 Dollarkent je Zentner erkaufen hatte, einen Preis von 1,850 Milliarden für den Zentner, was bei einem Dollarkent von 43 Milliarden einem Preise von 40 Dollarkent entspricht. Der harten Nichtpreis betrug an diesem Tage nur 1,740 Milliarden. Da Kröblich als Kleinhändler die Kartoffeln einer anderen Händlerin und nicht unmittelbar Veräußern erbehalten hat, er sich auch noch des Kettenhandels schuldig gemacht. Wegen Preistreiberei und Kettenhandels wurde er mit 600 Gulden bestraft.

Der Händler Richard Kriega in Dbra, Korinthenstraße 13, verkaufte am 8. Oktober 1923 in Danzig an Verbraucher Kartoffeln zum Preise von 196 Millionen Mark für den Zentner, obwohl der amtliche Kleinhandelspreis 185 Millionen Mark betrug. Er verkaufte ferner Kartoffeln, die er hätte an Verbraucher verkaufen können, an einen Kleinhandeler zum Kleinhandelspreise von 195 Millionen Mark. Wegen Preistreiberei und Kettenhandels wurde er rechtskräftig mit 90 Gulden bestraft.

Die Fleischermeisterin Marie Nowa in Danzig, Peterstraße 3-4, verweigerte am 20. Oktober 1923 die Abgabe von Waren in im Verkauf üblichen Mengen gegen Bezahlung in Reichsmark und verkaufte einer Kundin, die mit der Schutzpolizei gedroht hatte, statt der geforderten Metzger im Gewicht von 1/2 Pfund nur 1/4 Pfund zu einem Preise von 4 Milliarden Reichsmark (etwa 1 Goldmark) für dieses 1/2 Pfund, obwohl der angemessene Preis für ein ganzes Pfund Metzger 1,80 Gulden betrug. Wegen Verkaufverweigerung und Preistreiberei wurde sie rechtskräftig mit 300 Gulden bestraft.

Verabreichung der Krankenkassenbeiträge. Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig macht im Anzeigenteil der heutigen Nummer bekannt, daß die Kassenbeiträge mit Wirkung vom 1. März 1924 von 10 Prozent auf 7 1/2 Prozent des Grundlohnes (also um 25 Prozent) herabgesetzt werden.

Gartendünger Winter.

Standhaftigkeit ist eine schöne und rühmende Eigenschaft. Sie wird als ein besonderes Kennzeichen menschlicher Charakterfestigkeit betrachtet. Es gibt aber auch Fälle, wo diese sonst so schöne Eigenschaft nicht weniger als angenehm, vielmehr als lanaweilig und lästlich empfunden und schließlich verflucht und verpöndelt werden kann. Beim Beispiel beim Winter steht man Standhaftigkeit nicht immer als etwas durchaus Wohlthätiges an, einmal wenn es sich um solches Wetter handelt, das zwar manche Mühsal, aber auch ganz beträchtliche Schattenseiten hat. Wenn der Dichter schon vom schönen Winter sagt: „Nichts ist schwerer zu ertragen als eine Reihe von schönen Tagen“ (das Alt ist etwas fortgerollt und dem vorliegenden Fall anpaßt), so gilt dies in noch viel höherem Maße von den minder schönen Tagen.

Nun hat der Winter gewiß manche Schönheiten und Freuden auch für den kleinen Mann, wenn ihm nicht unliebe Begleitererscheinungen den Genuß vergällen, und verbittern. Und dies ist gerade in diesem Winter in etwem bisher ganz unerhörten Grade der Fall. Arbeitsschmerz, Not und Elend mühen mit ihren verheerenden Folgen und lassen nirgends mehr eine echte Winterfreude aufkommen. Dabei befindet der heutige Winter eine Standhaftigkeit, wie sie seine Vorgänger seit Jahrahnenden nicht mehr aufgebracht haben. Schon über zwei Monate beherrschen Frost und Schnee die Natur, die spärlichen Brennstoffvorräte sind aufgezehrt, die Ertragsbeschaffung wird bei den traurigen Wirtschaftsverhältnissen immer schwerer. Noch niemals ist dem nahenden Frühling mit größerer Sehnsucht entgegengeblickt worden als heuer. Man erhofft diesmal so vieles von ihm, die Arbeitslöcher vor allem eine Belebung der Erwerbstätigkeit, die ihnen nach so langen erzwungenen Feiertagen wieder Verdienstmöglichkeiten schaffen soll, damit sie und Weib und Kinder sich wieder einmal ordentlich satt essen können. Auch die Glücklichen, denen die bittere Not nicht direkt im Nacken sitzt, haben die sogenannten Winterfreuden schon längst gründlich satt. Auch sie wünschen sehulich den Frühling herbei, von dessen kalendermäßigem Einzug uns nur noch wenige Wochen trennen.

Aber noch hat es gar nicht den Anschein, als ob der Winter sich endlich zum Abzug rufen wollte. Wohin man blickt mag überall sieht man noch das ewige erwidende Einerlei von Frost und Schnee, wozu uns fast noch jeder Tag eine neue Auflage beifügt hat. Wenn die Bauernregeln recht behalten, so mühten wir allerdings für das in diesem Winter erlittene Ungemach reichlich entschädigt werden, denn ein winterlicher Februar soll schöne Frühlinge- und Sommertage, überhaupt ein gutes Jahr im Gefolge haben: „Weißer Februar karrt die Felder“.

Auch sonst kann der Februar im Volksglauben kaum raub und unwirksam genug sein, wie eine ganze Reihe von Sprüchen besagt:

- Im Hornung Schnee und Eis
Macht den Sommer heiß.
- Große Kälte im Februar
Bringt ein gutes Erntefahr.
- Starker Nord im Februar,
Deutet auf ein fruchtbar Jahr.
- Wenn im Hornung nicht recht schnell,
Schneit es in der Dittacht.

Hoffen wir, daß wenigstens der März sich als wirklicher Frühlingssmond einführt und daß ein schöner Fruchtsummer all das hält, was der Bäcksmund sich von dem heurigen kalten und rauhen Hornung verspricht.

Die Gebühren für den Blißpunkttelegraphenverkehr werden vom 1. März 1924 an auf das Verhältnis der jeweils gültigen Gebühren für gewöhnliche Telegramme nach Deutschland (also auf zurzeit 2 Gulden Wortgebühr, mindestens 20 Gulden, statt bisher 7 Gulden Wortgebühr, mindestens 70 Gulden für das Telegramm) festgesetzt.

Der Aberrauben der Seelente. Es gibt gewisse Stände, die für besonders abergläubisch gelten; zu diesen gehören neben den Schauspielern auch die Seelente. Der Seemannsabergerauben stammt aus uralten Zeiten und hat sich in unieren Tagen noch erhalten. So gelten z. B. gewisse Meerestiere seit uralten Zeiten bei den Seelenten für unzerstörlich. Noch immer wird die Sage von dem Frepler erzählt, der den dem Schiffe folgenden Aberrauben erlegte und seine Jungen dem Hungertode auslieferte. Die Strafe folgte der Unrat auf dem Fuße. Der Grundgedanke dieser Bereubung der Seelente liegt in dem Glauben an den „Seewaal“, der uns schon aus dem alten Ägypten überliefert ist. Noch heute glauben die Matrosen, daß die Waal, die das Schiff umharmen, die Seelente von Menschen sind. Man raunt sich an, daß es sich hier um die „armen Seelen“ von Verbrechern handelt, die ruhelos umherirren müssen, oder von Schiffbrüchigen, deren Seelen nun herumfliegen müssen, bis die Körper ein christliches Begräbnis auf dem festen Lande gefunden haben. Von den kleinen arauen Mäwen, die den Bodorus in der Nähe des Goldenen Horns so eifrig auf und ab fliegen, erzählen sich die Seelente, daß seien die Seelen böser Schiffskapitäne, die für ihre Untaten damit bestraft werden, bis zum jüngsten Gericht so hin und her zu fliegen. Daß die Matrosen das finkende Schiff verlassen, ist nicht nur ein Sprichwort, sondern wirklich ein Seemannsglaube, demzufolge man sofort auf das Beschmen dieser Mager aufpaßt. In England gelten die Schlafhäuten, mit denen neugeborene Kinder auf die Welt kommen, nicht nur für ein Glückseligen überhaupt, sondern auch für ein Schutzmittel gegen das Ertrinken. Während des Krieges war der Preis solcher Häuten außerordentlich, und ein englischer Volksthoriker bezeichnet diese Taktade als besten Beweis für die Fortdauer des Aberraubens. Gaben gelten als glückbringend, besonders schwarze, aber Gaben gelten der Seemann nicht selten mit Mißtrauen. So glaubt man, daß die bloße Erwähnung eines Dundes einen Sturm hervorrufen könne und daß der Wind aus der Richtung kommt, nach der der Hund die Nase streckt, wenn er heult. Die Fischer glauben, daß ein Hund, der in die Nähe ihrer Fanatze oder Boote kommt ihnen Unglück bringt.

Amliche Börsennotierungen.

- Danzig, 27. 2. 24
- 1 Dollar: 5,83 Danziger Gulden.
 - 1 Million poln. Mark: 0,63 Danziger Gulden.
 - 1 Rentenmark 1,32 Gulden.
 - 1 Billion Reichsmark 1,28.
- Berlin, 27. 2. 24
- 1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,1 Billionen Mk.
 - Danziger Getreidepreise vom 27. Februar. (Amlich.)
 - In Danziger Gulden per 50 Kg. Weizen 11,00—11,30
 - Roggen 7,50. Gerste 7,86—7,90. Hafer 6,30—6,50.
 - Wicken 26,00—27,50. Peluschken 7,50—7,75.
 - 7,90—7,75.

Ämliche Bekanntmachungen.

Durch Beschluß der Kassenorgane sind die Kassenbeiträge mit Wirkung vom 1. März 1924 von 10% auf 7 1/2% des Grundlohnes herabgesetzt worden. Beitragsübersichten über die vom 1. März 1924 ab geltenden Beiträge können in einigen Tagen bei der unterzeichneten Kasse gegen Erstattung der Selbstkosten in Empfang genommen werden.

Der Vorstand
der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig
Jopengasse 52.

Stadtheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.
Heute, Donnerstag, den 29. Febr., abends 7 Uhr:
Dauerkarten haben keine Gültigkeit.
Gewöhnliche Opernpreise.

**Zweites Gastspiel der „Danziger Langkultur“:
Tanzdichtungen nach Beer Sgnt.**

in zwei Teilen und 18 Bildern.
Entworfen und in Szene gesetzt von Herbert Selke
unter choreographischer Mitarbeit von Eugenie Mo-
gilewsky-Last. Musik von Edoard Grieg u. a.
Musikalische Leitung: Werner Söhling (Stadtheater-
Orchester).

Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.
Freitag, 29. Februar, abends 7 Uhr. Dauerkarten
Serie 3. „Der Operaball“. Operette in 3 Akten.

Spielgemeinde Danziger Wandervögel

Am 29. Febr., abds. 7 Uhr, im Wertspesehaus

Fastnachts-Spiele

von Hans Sachs
„Der Bauer im Fegfeuer“, „Das heiße Eisen“,
„Der Rofdieb zu Fänsing“

Vorverkauf: Buchhandlung Boenig, Kohlenmarkt. Preise:
Sitzplatz 1 Gulden, Stehplatz 0,50 Gulden.

NEUE KULTUR

Spielplan
vom 1. bis 15. März 1924.

2. Gastspiel

des Kammervirtuosen
Heinrich Albert
München.

Montag, den 3. März, 8 Uhr abends, in der Aula
der Technischen Hochschule **Soloabend.**

Sonntag, den 8. März, 7 1/2 Uhr abends, im
Kemter des Franziskanerklosters, Fleischberg-
gasse **2. Soloabend** (neues Programm).

Sonntag, den 9. März, 7 1/2 Uhr abends, Loge
Eugenia, Neugarten, **Kammermusik-**
abend. Heinrich Albert-Prinz Quartett

Mittwoch, den 5. März, 8 Uhr abends, Oiva,
in der Aula des Lyzeums, **Soloabend.**

Freitag, den 7. März, 8 Uhr abends, Zoppot,
in der Aula des Realgymnasiums, **Solo-**
abend.

Haaf-Berkow-Spiele

4. bis 7. März, täglich 7 1/2 Uhr abends im
Wertspesehaus
Spielplan siehe Plakatsäulen.

5. März, nachmittags 3 Uhr, **Märchen-**
spiel. Halbe Preise.

Sonntag, den 9. März, 6 Uhr abends, im Stadt-
theater Zoppot, **Haafel** von Shakespeare.

Vorverkauf: Danzig: Buchhandlung Georg
Boenig, Kohlenmarkt; Oiva: Oivaver
Leitung, Buchhandlung Feller, Feloner
Straße; Zoppot: Zoppotens Buchhandlung,
Seestraße (am Markt), 1. Haaf-Berkow,
Theaterkasse.

Preise und sonstige Angaben aus den Plakaten
ersichtlich.
Die Nachfrage ist sehr stark, es empfiehlt sich
daher, den Vorverkauf zu benutzen.

**Herren- und Burschen-Bekleidung,
Anzüge, Mäntel, gestreifte Hosen**
kanden Sie billig und gut und gewöhnt aufzer-
den noch 10% Rabatt
Berliner Konfektions-Vertrieb,
Jopengasse 27.

Neu! Für Danzig! Neu!
**Rohweders hier so beliebte
Berg- und Talbahn**
in der Reitbahn **Samtgasse 6/8.**
Ferner:
**Schießhalle, Würfelbude, Ballwerfen
Scherbelküche, Erfrischungsraum.**
Nur Freitag, Sonnabend und Sonntag geöffnet.
Die übrigen Tage wegen Renovierung geschlossen.

Tabakwaren-Großhandlung



liefert nach wie vor
die
**billigsten
Zigarren
Zigaretten
Tabake**

Haustor 8
Ecke Altstädtischer Graben

Wohnungslose
lesen das Buch
des Danziger Regierungsbaumeisters a. D. Erwin Lentz
Danziger Wohngift
Ein Buch über Danzigs Wohnungsnot und deren Beseitigung
Preis 1,20 G
Zu haben in der
Buchhandlung „Volkswacht“
Am Spandhaus 6 Paradiesgasse 32

**Ganz besonders
aufmerksam**
das mein langjähriges Geschäft abge-
meint bekannt ist für
reell, gut und billig!
Einige Beispiele:
Herren-Anzüge 18 G
gute Stoffe, verschiedene Farben
Bess. Anzüge 22 G
gute Qualität, prima Sitz
Anzüge 28 G
moderne, teile Stoffe
Eleg. Anzüge in hell und
dunkel, Ersatz für Maß 35 G an
Burschen- und Einsteck-
Anzüge in Blau und Schwarz 16 G an
Gumm- u. Schwamm-Mäntel 33 G an
gute mod. Stoffe, Verarbeitung
**Cord-, Breeches-, Manchester-,
Stoff- und Arbeits-Hosen**
in allen Preislagen
Blau Schiesserkjachen 4.30 6
Teilzahlung mit bequemer An- und
Anzahlung

STEIN'S
Konfektions-
Haus **21 Hergasse 21**
Achten Sie bitte genau auf
Namen und Hausnummer

**Zeichnungen auf die Aktien der
Bank von Danzig.**
Die Zeichner der Aktien der Bank von
Danzig werden hiermit darauf hingewiesen, daß
die gleiche Kasse der Zeichnungsarbeiten am
1. März d. J. bei den Zeichnungsstellen ein-
gesehen ist.
Bank von Danzig.

Apfelsinen
trotz der groß. Zollhöhung
noch immer frostfrei
von **10 Pfennig** an
Ebschokolade
Tafel v. **25 Pfennig** an
Äpfel billigst
täglich: frische Sprötten,
80cklinge, gute, geduckerte,
Herings z. billigst. Preisen
zu haben bei **12108**
Martha Kuschel
Kohlenmarkt 25 (Stockturm)
Dipl.-Schreibfisch
eich, dunkel, verkauft
Schidltz, Rektormweg 2,
Hof.

1 gebrauchter Tisch
zu verkaufen. (†
Kleine Gasse 6b, 1 Tr. r

Jünglings-Anzug
grau, zu verkaufen. (†
Sawatki,
Frauenstraße 47, 3 Tr.

Sportliegewagen
mit Verdeck, auf Gummi,
verkauft billig E. Mazer,
Wallgasse 21a, Hinter-
haus, 3 Tr. (†

1 Küchentisch
billig zu verkaufen. (†
Höbergasse 4, 4 Tr.

**Sehr geübte, ältere
Wäsche-
Mäherin**
findet gut bezahlte
dauernde
Beschäftigung.
Köpernick,
Schidltz, Höhenweg 11
Fahrkarte wird veralitet

**Anfängerin in Steno-
graphie und Schreib-
maschine
sucht Stellung.**
Offert unter 1977 a. d. Exped.
der Po. Kstimmte. (†

**Eine Wohnung, be endend
ans Stube, Kabinett, Küche,
-tisch und Gartenland in
Altköpenick, gegen eine
2-Zimmer-Wohnung mit
Zubehör in Schidltz od
Stadtgebiet
zu tauschen gesucht.**
Offert unter V. 1976 an d.
Exped. d. Po. Kstimmte. (†

Öeffentliche Versteigerung.
Danzig, Rennertstraße Nr. 1.
Sonntags, den 1. März 1924, vorm. 10 Uhr,
werde ich im freier Auftrage gute Möbel als:
1 Harmonium, 1 Tisch u. 1 Birk. -Schreibtisch,
1 sehr werth. Esstisch, 1 Anrichte, Polsterstühle
u. and., 1 Spiegel m. Bild, 1 Garderobenschrank,
Bilder, 1 Grubeofen, 1 Kinderbettst. u. and., Tisch-
uhren, Bild. und and. etc. u. Schüssel, Messer u.
Sabeln, Lampen, Kronen, 1 gr. Anzahl Schließ-
schlüssel, 1 Bettkühler, 1 Bad- u. and. Wasser-
cetera, Damenkleider u. Schuhe, Wirtschafst-
geschirr und and. mehr werthvolles gegen Barzahlung
versteigern. Die Sachen sind gebraucht und 1 Stunde
vorher besichtigt zu besichtigen. (12108)
Frau Auguste Selke
berühmte Auktionsleiterin u. Sachverständige in Danzig
Kohlenmarkt 14/15 Januar 1924.

Lebensmittel-Centrale
Sohlentzengasse 15 J. Cohn Telephon 2288
empfehlen ich bekannt guter Qualität zu billigen
Preisen: Schweitzer-, Filsiter-, Werderräse,
Gemüse- u. Obstkonserven, 1ische in Dosen,
Sardellen, prima Qualität, portugiesisch, Dose
28 und 35 Pfg. Milch und Sahne in Dosen.
1924 Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer

Singer
Nähmaschine
in altbewährter Güte.
Erleichterte Zahlungsbedingungen
Gratfreie Lieferung
Singer Co., 1. Damm 5
Hauptniederlassung: Al.-Bel., Danzig.

**Naumann-
Nähmaschinen**
für Familie, Gewerbe
und Industrie
sähen vor- und rückwärts
sähen und stopfen
Alleinvertieb durch:
Bernstein & Comp.
Danzig, Langgasse 50
Reparaturen billigst
Bequeme Teilzahlung
gestattet



Kredit
ist wieder da!
Bei kleiner Anzahlung können Sie
sofort mitnehmen!
Elegante
Damenmäntel
und
Herrenanzüge
9 Lange Brücke 9
12100

Gedal-Kräcke-weo
beseitigt ohne Berufsstörung lästiges Bett-
hau-jucken in kurzer Zeit. Nicht schmierend, geruchlos
**Waldemar Gassner, Schwanen-
Drogerie**
Altst. d. Graben 19/20 12034

Likörfabrik Kurt Kessler, Zoppot
Verkaufsstelle Danzig, Fleischerg. 55
**Billigste Bezugsquelle
für Danziger Liköre**
Rum-, Cognac- und Arac-Verschmitte, Fruchtsäfte
Weinhandlung 12 6

Sehr billiges Angebot!
Herr.-Anzüge 75.00, 60.00, 45.00, 35.00, **25.00**
Jüngl.-Anzüge 45.00, 40.00, 35.00, 25.00, **18.00**
Herren-Hosen 16.50, 12.50, 9.00, 7.50, **4.00**
Herren-Mützen . . . 4.50, 3.50, 2.50, **2.00**
Bekleidungshaus LONDON
2. Damm 10 2. Damm 10
12102

Tabake, Pfeifen, Zigaretten
stets billig und gut. 11603
Ernst Steinke, Altst. d. Graben 21a
Schidltz, Krummer Ellbogen.

Tüchtige Kolportierere
für Läden links und alle
anderen Parteizeitschriften
finden lohnenden Verdienst.
Buchhandlung „Volkswacht“
Am Spandhaus 6.
Schneider sucht Platz zum
Arbeiten. Offerten unter
V. 1973 an die Exped. der
Po. Kstimmte. 1207
Verloren!
Montag abends 6 Uhr,
(Rathausgeg. Siedend-
haus-) Portemonnaie mit
5.00, 16 G. Ehrl. d.
Händ. wird gebet, daselbe
gegen Felohnung abzugeb-
bei Lepert, Sperlings-
Vogel, Strabank 9, 1 Tr. 12102